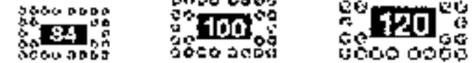
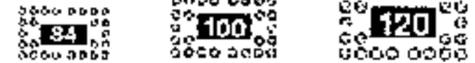


DIN 19 051



DEUTSCHLANDPLAN DER SPD

Kommentare
Argumente
Begründungen



DEUTSCHLANDPLAN DER SPD

**Kommentare
Argumente
Begründungen**

Friedrich-Ebert-Stiftung e. V., Bonn

Inv.-Nr. 37 559

INHALT

	Seite
Der Deutschlandplan der SPD	5
Erläuterungen zum Deutschlandplan	13
Der Weg zur Spaltung	25
Einwände und Antworten	43



Herausgeber: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn, April 1959

Druck: Bonn-Druck, Storbeck & Co. KG., Bonn

A63750

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat am 18. März 1959, nach gemeinsamer Beratung mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, einstimmig den „Deutschlandplan der SPD“ beschlossen. Seit diesem Tage wird dieser Plan in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit lebhaft diskutiert. Die SPD legt nunmehr der Öffentlichkeit und der Sozialdemokratischen Partei ein ausführliches Dokument vor, das sich in drei Teile gliedert.

Der erste Teil enthält den Wortlaut des Deutschlandplanes, wie er im März veröffentlicht wurde, und erläutert seine wichtigsten Punkte.

Im zweiten Teil wird in gedrängter Form die Entwicklung der deutschen Nachkriegspolitik von der Potsdamer Konferenz bis heute dargelegt, um zu erläutern, auf welchem geschichtlichen Hintergrund dieser Plan entstanden ist.

Im dritten Teil schließlich werden Einwände, die gegen den Deutschlandplan vorgebracht worden sind, aufgeführt und beantwortet. — Die SPD will mit dieser Darstellung das Verständnis für ihre Vorschläge vertiefen. Besorgnisse der Kritiker dieses Planes sollen ausgeräumt und die Argumente der Gegner eindeutig widerlegt werden.

Deutschlandplan der SPD

Das deutsche Volk steht vor einer furchtbaren Gefahr. Wenn sich die vier Großmächte nicht über Berlin verständigen, droht Krieg. Wenn sie sich nur über Berlin verständigen, droht die Teilung Deutschlands endgültig zu werden.

Der sowjetische Vorstoß in der Berlin-Frage und der durch jahrelange Versäumnisse und Fehlspekulationen ermöglichte Friedensvertragsentwurf der Sowjetunion zwingen jetzt jeden zu der Erkenntnis, daß die Teilung Deutschlands den Weltfrieden bedroht.

Die Zeit drängt. Der weitere Verzicht auf das entschlossene Bemühen, die deutsche Frage und das mit ihr untrennbar verbundene Sicherheitsproblem in Europa friedlich zu lösen, wäre gleichbedeutend mit dem Verzicht auf die Anwendung der Vernunft.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands legt aus diesem Grunde der Weltöffentlichkeit ihren Plan vor, dessen Ziel es ist, den Weg endlich für eine Politik des Friedens, der Freiheit, der Sicherheit und der sozialen Gerechtigkeit in Europa frei zu machen.

Dieser Plan ist mit auf jenen Vorschlägen aufgebaut, die von der deutschen Sozialdemokratie bereits vor der Berliner Konferenz der Großmächte im Jahre 1954, der Genfer Gipfelkonferenz im Sommer 1955 und der Außenministerkonferenz im Herbst des gleichen Jahres veröffentlicht worden sind.

Damals blieben diese Vorschläge leider unbeachtet. Heute stehen sie unbestreitbar im Mittelpunkt weltweiter Diskussionen.

Die jetzt vorgelegten Vorschläge der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands berücksichtigen auch wesentliche Bestandteile der Vorstellungen zur Entspannung in Europa, wie sie u. a. auch vom Abrüstungsunterausschuß des amerikanischen Senats, von dem amerikanischen Diplomaten Kennan, dem britischen Oppositionsführer Gaitskell, dem früheren belgischen

Ministerpräsidenten von Zeeland und dem polnischen Außenminister Rapacki entwickelt worden sind.

Alle diese Vorschläge und Pläne haben eines gemeinsam: Sie streben in Erkenntnis der die Weltpolitik bestimmenden Realitäten zunächst eine militärische Entspannung in Europa an, um auch die politischen und wirtschaftlichen Probleme Europas lösen zu können.

Militärische Entspannung und Sicherheit in Europa

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert die sofortige Einberufung einer Konferenz der vier Großmächte, die nach grundsätzlicher Einigung einer ständigen Kommission unter beratender Teilnahme der Bundesrepublik und der DDR den Auftrag erteilt, Vorschläge für ein europäisches Sicherheitssystem und den Entwurf eines Friedensvertrages mit Gesamtdeutschland auszuarbeiten.

Die zugespitzte West-Ost-Situation läßt die Entspannung in Europa nur noch zu, wenn man sich zu einer schritt- und stufenweisen Regelung der militärischen und politischen Fragen entschließt.

Die SPD hält Vereinbarungen über regionale und kontrollierte Rüstungsbeschränkungen in Mitteleuropa für dringend erforderlich, weil ohne diese die politischen Probleme dieses Raumes nicht zu lösen sind.

Die SPD schlägt vor:

1. Festlegung einer Entspannungszone, die vorerst beide Teile Deutschlands, Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn umfaßt.
2. Innerhalb dieser Entspannungszone und ihrer möglichen Erweiterungen treten Vereinbarungen über die Rüstungsbeschränkungen der nationalen Truppen und über den gleichwertigen Abzug der Fremdstuppen der NATO und des Warschauer Paktes in Kraft.

Die nationalen Streitkräfte besitzen keine Atom- und Wasserstoffwaffen. Solche Waffen der im Zonenbereich noch stationierten Fremdstuppen werden „eingefroren“, d. h. weder vermehrt noch verstärkt.

Nach Abschluß der in räumlichen und zeitlichen Phasen genau festzulegenden „militärischen Verdünnung“ ist die Entspannungszone frei von Fremdstuppen und von Atom- und Wasserstoffwaffen.

3. Alle Vereinbarungen über die Rüstungsbeschränkungen und über das gleichwertige Auseinanderrücken der in Mitteleuropa einander gegen-

überstehenden Streitkräfte der NATO und des Warschauer Paktes sind vom ersten Schritt an durch eine ungehinderte Boden- und Luftkontrolle zu sichern.

4. Die Unverletzbarkeit der Teilnehmerstaaten in der Entspannungszone ist durch ein kollektives Sicherheitsabkommen aller interessierten Staaten, einschließlich der USA und der UdSSR, zu garantieren.
5. Mit dem Wirksamwerden des europäischen Sicherheitssystems scheiden die in der Entspannungszone gelegenen Staaten aus der NATO und aus dem Warschauer Pakt aus.

Die Staaten in der Entspannungszone werden dann im Rahmen dieses europäischen Sicherheitssystems zur eigenen und europäischen Sicherheit mit angemessenen Leistungen beitragen.

6. Beibehaltung des gegenwärtigen Rechtsstatus und der militärischen Sicherung Berlins bis zur Regelung der deutschen Frage. Verpflichtung der vier Mächte auf die Respektierung der West-Berlin betreffenden Bestimmungen, die nach Aufhebung der Blockade 1949 als gültig erklärt und auch zur Zeit des Abkommens vom 20. September 1955 zwischen der UdSSR und der DDR als gültig anerkannt worden sind.

Die politische und wirtschaftliche Zusammenführung

Deutschlands

Jeder Schritt, der zu einem gleichwertigen Auseinanderrücken der in Mitteldeutschland einander gegenüberstehenden Streitkräfte führt, schafft auch eine günstigere Voraussetzung für die Lösung der politischen Probleme.

Die langjährige Teilung Deutschlands hat zu einer strukturell grundverschiedenen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands geführt. Hieraus ergibt sich zwangsläufig, daß die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands durch eine frei gewählte Nationalversammlung eine allmähliche Annäherung in Stufen voraussetzt. Es sind gemeinsame Organe zur schrittweisen Zusammenführung zu bilden, ohne daß in der Übergangszeit die derzeitigen Zuständigkeiten in den beiden Teilen Deutschlands berührt werden.

Die notwendigen Vereinbarungen hierüber können zwischen den vier Großmächten, oder den vier Großmächten gemeinsam mit den beiden Teilen Deutschlands bei Ausarbeitung eines Friedensvertrages, oder direkt zwischen den beiden deutschen Regierungen im Rahmen einer von

den Großmächten festgelegten Regelung der europäischen Sicherheit und der deutschen Frage getroffen werden. Unerlässlich ist jedoch, daß diese Vereinbarungen für den Zeitraum bis zum Inkrafttreten einer gesamtdeutschen Verfassung die Menschenrechte und Grundfreiheiten in beiden Teilen Deutschlands sichern.

Die bestehenden Wirtschaftsverfassungen, Außenhandelsbeziehungen und langfristigen Verträge bleiben zunächst unberührt, soweit nicht ausdrücklich nachstehend Änderungen vorgesehen werden. Beide Regierungen verpflichten sich zur Politik der Vollbeschäftigung und zur Garantie des sozialen Besitzstandes.

Die erste Stufe

Die politische Zusammenführung beginnt in der ersten Stufe mit der Bildung einer gesamtdeutschen Konferenz. Beide deutschen Regierungen entsenden Bbeauftragte auf der Grundlage der Parität.

Die Gesamtdeutsche Konferenz hat die Aufgabe, Regelungen über innerdeutsche Angelegenheiten zu vereinbaren. Soweit diese Regelungen der Zustimmung verfassungsmäßiger Organe der Teile Deutschlands bedürfen, bleiben deren Zuständigkeiten unberührt.

Die Gesamtdeutsche Konferenz ist von allen Gesetzesvorlagen des Bundestages und der Volkskammer zu unterrichten und muß sich hierzu äußern. Die Gesamtdeutsche Konferenz setzt zur Wahrung der Einheitlichkeit in der Auslegung der Menschenrechte und Grundfreiheiten ein gesamtdeutsches Gericht ein, das in letzter Instanz entscheidet. Seine Mitglieder werden auf die Charta der Menschenrechte der Vereinten Nationen vereidigt.

Die wirtschaftliche Zusammenführung beginnt ebenfalls mit der Bildung paritätisch besetzter Institutionen.

Die Embargobestimmungen gegenüber der DDR und die güterwirtschaftlichen Kontingentierungen durch die Bundesrepublik müssen fortfallen. Der Interzonenhandel muß ausgeweitet werden, weitere Zonengrenzübergänge sind zu öffnen.

Ein Gesamtdeutscher Investitionsfonds und eine Bank für innerdeutschen Zahlungsausgleich werden gebildet. Der Fonds hat Investitionen in das Verkehrs- und Energieversorgungsnetz sowie zur Anpassung der beiden Volkswirtschaften zu planen und zu finanzieren. Die Bank wickelt die Zahlungen im Rahmen des innerdeutschen Handels und des Investitionsfonds ab. Über sie werden auch die auf rechtlichen Verpflichtungen beruhenden Renten-, Pensions- und sonstigen Unterhaltszahlungen geleistet.

Die zweite Stufe

In der zweiten Phase der politischen Zusammenführung wird ein Gesamtdeutscher Parlamentarischer Rat errichtet. Seine Mitglieder, die in ganz Deutschland Immunität genießen, werden je zur Hälfte in beiden Teilen Deutschlands gewählt. Die Gesamtdeutsche Konferenz schreibt diese Wahl aus.

Dem Gesamtdeutschen Parlamentarischen Rat wird die gesetzgeberische Zuständigkeit insbesondere für Eisenbahn, Straßenverkehr, Binnenschifffahrt, Post und Fernmeldewesen und zur Förderung der volkswirtschaftlichen Erzeugung übertragen. Er hat ferner die Befugnis, den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht zu verhindern und den gewerblichen Rechtsschutz zu regeln. Gegen die von ihm erlassenen Gesetze kann jede der beiden Regierungen in einer bestimmten Frist Einspruch erheben. Der Gesamtdeutsche Parlamentarische Rat kann diesen Einspruch mit Zweidrittelmehrheit zurückweisen.

Die wirtschaftliche Zusammenführung wird durch die Entwicklung des Gesamtdeutschen Marktes beschleunigt. Es werden offizielle Verrechnungs- und Wechselkurse zwischen beiden Währungen eingeführt, die güterwirtschaftliche Kontingentierung des innerdeutschen Handels fällt nunmehr auch von Seiten der DDR fort.

Die dritte Stufe

In der dritten Stufe der Zusammenführung befaßt sich der Gesamtdeutsche Parlamentarische Rat mit der Vorbereitung von gesamtdeutschen Gesetzen zum Steuersystem, Finanzausgleich, zur Zollunion, zur Währungsunion und zur sozialpolitischen Anpassung.

Eine gesamtdeutsche Willensbildung kann auch durch Volksabstimmungen herbeigeführt werden. Auf Antrag von einer Million Wahlberechtigter wird ein Gesetzentwurf einheitlich in beiden Teilen Deutschlands zur Volksabstimmung gestellt. Widerspricht eine der beiden Regierungen, so kann die Volksabstimmung nach einem Jahr wiederholt werden und wird dann verbindlich.

Volksabstimmungen sind ausgeschlossen, wenn sie eine Einschränkung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, eine Änderung der Eigentumsverhältnisse, oder die Beseitigung der Legislativ- und Exekutivorgane in beiden Teilen Deutschlands zum Ziel haben.

Der Gesamtdeutsche Parlamentarische Rat ist befugt, jederzeit mit Zweidrittelmehrheit ein Gesetz für die Wahl einer Verfassungsgebenden Natio-

nalversammlung zu erlassen. Ist er hierzu nicht in der Lage, so erhält für diesen Fall eine Volksabstimmung uneingeschränkte Gesetzeskraft, wenn zwei Drittel aller abgegebenen Stimmen sich für die Wahl einer Verfassungsgebenden Nationalversammlung aussprechen.

Die Nationalversammlung löst den Gesamtdeutschen Parlamentarischen Rat ab und beschließt die gesamtdeutsche Verfassung.

Während der stufenweisen Zusammenführung Deutschlands ist Berlin Sitz aller gesamtdeutschen Institutionen.

Die Wiedervereinigung

Nach dem Inkrafttreten der gesamtdeutschen Verfassung werden allgemeine, freie und geheime Wahlen zum Gesamtdeutschen Parlament abgehalten. Aus ihm geht die Gesamtdeutsche Regierung hervor.

*

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands appelliert an alle beteiligten Regierungen und an die Weltöffentlichkeit, es im mitteleuropäischen Abschnitt des West-Ost-Konfliktes nicht zum Äußersten kommen zu lassen.

Die ungelöste deutsche Frage darf nicht zu einem Brandherd werden, auch nicht aus Prestigegründen oder um vermeintlicher militärischer Vorteile willen. Das gilt auch für das Berlin-Problem, das nur mit friedlichen Mitteln und im Rahmen der Wiedervereinigung Deutschlands gelöst werden kann.

Zur Einleitung dieses Planes fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

1. Verhandlungen der vier für die deutsche Frage unmittelbar verantwortlichen Staaten zur Vorbereitung eines Friedensvertrages für Gesamtdeutschland.
2. Verhandlungen zur Vorbereitung eines Europäischen Sicherheitssystems.
3. Ernennung von Beauftragten der Bundesrepublik Deutschland und der DDR als beratende Teilnehmer der Konferenzen über den Friedensvertrag und über das Sicherheitssystem.

4. Zustimmung der Bundesregierung zur Bildung von Organen aus Beauftragten der Regierungen der Bundesrepublik und der DDR, die im Rahmen der von den Großmächten vereinbarten Regelungen den Auftrag erhalten, Maßnahmen für die schrittweise Zusammenführung der beiden Teile Deutschlands vorzuschlagen.
5. Beibehaltung des gegenwärtigen Rechtsstatus und der militärischen Sicherung Berlins bis zur Regelung der deutschen Frage.

Ziel aller von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geforderten Verhandlungen ist der Abschluß von Vereinbarungen, die der stufenweise und zeitlich festgelegten Verwirklichung der europäischen Sicherheit, sowie der politischen und wirtschaftlichen Zusammenführung Deutschlands bis zu seiner endgültigen Wiedervereinigung in gesicherter Freiheit und zur Aufnahme in die Vereinten Nationen dienen.

Erläuterungen zum Deutschlandplan

Warum legt die SPD den Deutschlandplan vor?

Die SPD hat den Deutschlandplan vorgelegt, weil die Bundesregierung bisher starr an ihrem Konzept der militärischen Aufrüstung festhält.

Seit Jahren wird von der Bundesregierung unbeweglich eine „Politik der Stärke“ verfolgt. Entgegen allen Ankündigungen der Bonner CDU-Politiker hat diese Politik die Wiedervereinigung nicht gefördert. Sie hat den Weg zur Wiedervereinigung immer schwieriger und heute fast ungangbar gemacht. Der sowjetische Berlin-Vorstoß hat überdies gezeigt, daß diese bisherige westliche Politik die Möglichkeit kriegerischer Konflikte heraufbeschwört. Er hat zugleich gezeigt, daß eine weitere Teilung Deutschlands den Frieden bedroht. Es ist aber notwendig, den Frieden durch die Lösung des deutschen Problems zu sichern.

Eine sofortige Lösung ist wegen der Entwicklung der letzten Jahre nicht mehr möglich, weil:

1. die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der beiden Teile Deutschlands sich in verschiedener Richtung vollzog,
2. die beiden Teile Deutschlands inzwischen Glieder zweier gegeneinander gerichteter Militärblöcke geworden sind.

Warum militärische Entspannung zuerst?

Erst die militärische Entspannung ermöglicht politische Regelungen.

Die SPD fordert daher im Rahmen von Friedensvertrags-Verhandlungen Maßnahmen, die auf die militärische Entspannung in Europa abzielen. Dabei halten die Sozialdemokraten im Deutschlandplan in

realer Beurteilung der tatsächlichen Lage an ihrer weitgehend anerkannten Ansicht fest, daß das Problem der Wiedervereinigung zugleich ein Problem der europäischen Sicherheit ist. Erst die militärische Entspannung in Europa ermöglicht politische Regelungen. Zu ihnen gehört auch eine Rahmenübereinkunft der Großmächte über die Wiedervereinigung Deutschlands.

Für diese militärische Entspannung sind in Ost und West zahlreiche Vorstellungen entwickelt worden, mit denen sich alle Regierungen zur Zeit beschäftigen. Die Zusammenfassung dieser Vorschläge ist im sozialdemokratischen Deutschlandplan enthalten. Es ist das Ziel dieses Planes, alle fremden Truppen aus Deutschland und damit auch die Sowjets aus Mitteldeutschland fortzubringen. Das deutsche Volk soll damit wieder frei über sein Schicksal entscheiden und Herr im eigenen Hause sein. Die SPD fordert eine mitteleuropäische „Entspannungszone“; zu ihr sollen beide Teile Deutschlands, Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn gehören. Vorgesehen ist, diese Zone auch um andere Länder zu erweitern. Realistisch ist es aber, zunächst mit dieser kleineren Zahl von Ländern in der Entspannungszone zu beginnen.

Wie soll die militärische Entspannung erfolgen?

Aus beiden Teilen Deutschlands, Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei werden schrittweise alle fremden Truppen der NATO und des Warschauer Paktes und alle atomaren Waffen abgezogen. Es wird ein kollektives Sicherheitssystem unter Ein-schluß der USA und der UdSSR gebildet.

Aus der Entspannungszone sollen die fremden Truppen schrittweise und gleichwertig zurückgezogen werden. Es sollen also die westalliierten Truppen aus der Bundesrepublik und die sowjetischen Truppen aus den drei Ostblockländern abziehen. Dabei bleibt es einer Vereinbarung unter den Großmächten überlassen, in welcher Weise dieser Abzug erfolgen soll. Gleichwertige Zurücknahme der Truppen soll bedeuten, die Truppen der NATO und des Warschauer Paktes sollen, soweit sie zurückgezogen werden, sich in ihrem Kampfwert entsprechen. Keine der Groß-

mächte soll damit einen Vor- oder Nachteil erreichen.

Der SPD-Plan faßt auch entschlossen das heiße Eisen Atomwaffen an. Soweit fremde Truppen in dieser Zone bereits mit Atomwaffen ausgerüstet sind, sollen die vorhandenen Waffen „eingefroren“ werden, d. h. sie dürfen weder verstärkt noch vermehrt werden. Die eigenen Truppen der Länder der Entspannungszone werden festen Vereinbarungen über Rüstungsbeschränkungen unterworfen. Sie sollen insbesondere keine Atomwaffen haben. Nach dem vollständigen Abmarsch der Fremdstuppen aus dieser Zone wird es in ihr keine Atom- und Wasserstoffwaffen mehr geben.

Wer sichert die Entspannungszone?

Vertraglich vereinbarte eigene militärische Leistungen und eine Garantie der Großmächte sichern ihre Unverletzlichkeit.

Die Unverletzlichkeit der Länder in der Entspannungszone soll von den Großmächten garantiert werden. In einem Sicherheitsabkommen aller interessierten Staaten müßten die Regierungen versichern, daß sie im Falle eines Überfalls auf eines der beteiligten Länder, woher der Angriff auch kommen möge, dem Überfallenen zur Hilfe kommen werden. Nach dem Inkrafttreten dieses Sicherheitsabkommens scheiden die Staaten der Entspannungszone aus den bisherigen Militärbündnissen in Ost und West aus. Sie leisten aber als Mitgliedsstaaten des mitteleuropäischen Entspannungsraumes einen angemessenen militärischen Beitrag.

Es ist also nicht an eine Waffenlosigkeit oder an ein „Vakuum“ in der Entspannungszone gedacht. Die Vorteile dieser Regelung einer „militärischen Verdünnung“ sind leicht einzusehen.

Hat die militärische Entspannung Vorteile neben

Die Truppen der Großmächte, die sich zur Zeit in Mitteleuropa unmittelbar gegen-

der Verbesserung des politischen Klimas?

Mitteleuropa wird als Atomziel uninteressant und die Lösung politischer Streitfragen wird erleichtert.

überstehen, rücken auseinander. Damit vermindert sich die Gefahr von Konflikten — insbesondere „aus Zufall“. Der Einsatz von taktischen Atomwaffen aus mitteleuropäischen Ländern und gegen mitteleuropäische Ziele wird dadurch unmöglich gemacht. Weil keine Atomwaffen mehr in Mitteleuropa lagern, wird dieses Gebiet auch als Ziel von Atomwaffenangriffen weniger interessant.

Eine Entspannung würde das allgemeine politische Klima auch über Mitteleuropa hinaus verbessern. Auch politische Probleme könnten dann mit Aussicht auf Erfolg behandelt und Vereinbarungen über weitergehende allgemeine, kontrollierte Rüstungsbeschränkungen erzielt werden. Selbstverständlich ist vorgesehen, alle Rüstungsbeschränkungen und Truppenabzüge vom ersten Schritt an durch eine ungehinderte Boden- und Luftkontrolle überprüfen zu lassen. Das ist an sich schon eine wichtige Garantie gegenüber Überraschungsangriffen, die in diesem Maße bisher nicht vorhanden ist. Die Sozialdemokraten fordern, daß die Vorschläge für ein europäisches Sicherheitssystem auf einer Viermächte-Konferenz über die Grundzüge eines Friedensvertrages für Deutschland und später in einer ständigen Kommission der Vier Mächte unter Hinzuziehung der beiden Teile Deutschlands beraten werden.

Wie soll die Berlin-Frage geregelt werden?

Der gegenwärtige Rechtsstatus und die militärische Sicherung Berlins müssen bis zur Wiedervereinigung aufrecht erhalten bleiben.

Die Großmächte sollten sich über das Berlin-Problem verständigen; es ist nicht von dem gemeinsamen Problembereich der deutschen Frage und europäischen Sicherheit zu trennen. Darum lehnen die Sozialdemokraten die sowjetischen Vorschläge entschieden ab, den westlichen Teil der Stadt zu einer „freien Stadt“ zu erklären. Dieses Vorhaben würde nur zu einer Einver-

leibung ganz Berlins in die DDR führen. Jede Lösung des Berlin-Problems, die nicht zugleich eine Regelung der deutschen Frage ist, vertieft die Spaltung Deutschlands.

Die Sozialdemokraten fordern: der gegenwärtige Rechtsstatus von Berlin und die militärische Sicherung der Stadt muß bis zur Regelung der deutschen Frage aufrecht erhalten bleiben. Noch im Jahre 1955 hatten die Sowjets in einem Vertrag mit der Sowjetzonen-Regierung vom 20. September den Vier-Mächte-Status der ganzen Stadt anerkannt.

Warum Stufenlösung der Deutschlandfrage?

Die verschiedene Entwicklung der beiden Teile Deutschlands läßt sich nicht plötzlich abstoppen. Eine Wiedervereinigung ist nur nach einer stufenweisen Annäherung möglich.

Es gibt heute keine Möglichkeit mehr, das Deutschlandproblem anders als durch eine vorausgegangene militärische Entspannung in Europa zu lösen. Das Problem ist besonders schwierig, weil die beiden deutschen Teile neben ihrer Eingliederung in verschiedene Militärblöcke sich in vollkommen verschiedener Weise politisch und wirtschaftlich entwickelt haben. Daher läßt sich die staatliche Einheit Deutschlands nicht mehr auf Antrieb durch freie Wahlen als ersten Schritt wiederherstellen und die Bildung einer mit allen Befugnissen ausgestatteten gesamtdeutschen Nationalversammlung erreichen. Es wird notwendig sein, schrittweise vorzugehen.

Die Sozialdemokraten schlagen vor, bis zur Wahl einer deutschen Nationalversammlung zunächst gemeinsame Organe beider deutschen Teilstaaten zu bilden. Diese Organe sollen vorerst die Zuständigkeiten in beiden Teilen Deutschlands unberührt lassen. Die Bildung solcher gemeinsamen Organe setzt die volle Gewährleistung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in beiden Teilen Deutschlands voraus. Das wäre bereits ein beträchtlicher Fortschritt. Um die beiden Teile Deutschlands schritt-

weise einander zu nähern und zusammenzuführen, hat die SPD in ihrem Deutschlandplan drei Stufen der Entwicklung vorgesehen.

Was bedeutet die gesamtdeutsche Konferenz der ersten Stufe?

Durch Vereinbarungen über innerdeutsche Regelungen und gutachtliche Tätigkeit zu Gesetzentwürfen strebt die von den Regierungen der beiden Teile ernannte gesamtdeutsche Konferenz erste Schritte der Zusammenführung an.

Ein von ihr eingesetztes Gericht wacht über die Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

In der ersten Stufe soll eine gesamtdeutsche Konferenz aus Vertretern beider deutschen Teilregierungen gebildet werden. Die Konferenz kann deshalb paritätisch zusammengesetzt sein, weil sie keine Mehrheitsentscheidungen zu fällen in der Lage ist. Entweder einigen sich die Vertreter der Regierungen auf bestimmte praktische Schritte oder strittige Themen können solange nicht weiterverfolgt werden, bis sie auf andere Weise oder in einer höheren Stufe der Wiedervereinigung gelöst werden können.

Die gesamtdeutsche Konferenz soll Regelungen über innerdeutsche Angelegenheiten, d. h. über den freizügigen Reiseverkehr, den Gütertausch, Verkehrsfragen und ähnliches vereinbaren. Soweit dazu die Zustimmung verfassungsmäßiger Organe in einem der Teilstaaten erforderlich sein sollte, muß vorher die Zustimmung dieser Organe eingeholt werden.

Für die Bundesrepublik bleiben also Bundestag und Bundesrat die Gesetzgeber. Die gesamtdeutsche Konferenz kann nicht über den Kopf der Bundesregierung und des Bundestages hinweg Regelungen treffen und durchführen. Die westdeutschen Gerichte können angerufen werden, wenn jemand glauben sollte, daß der Inhalt der so getroffenen Vereinbarungen nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist.

Die gesamtdeutsche Konferenz soll aber zu der Gesetzgebung in beiden Teilen Deutschlands gehört werden. Zur Wahrung der einheitlichen Auslegung der in ganz Deutschland geltenden Menschenrechte wird ein gesamtdeutsches Gericht

gebildet: je zur Hälfte aus Richtern der Bundesrepublik und der DDR, die gemeinsam auf die Charta der Menschenrechte der Vereinten Nationen vereidigt werden.

Wie beginnt die wirtschaftliche Zusammenführung?

Durch eine Verstärkung des innerdeutschen Handels, insbesondere durch freie Käufe der DDR in der Bundesrepublik wird die wirtschaftliche Zusammenführung eingeleitet. Eine Bank für innerdeutschen Zahlungsausgleich und ein gesamtdeutscher Investitionsfonds werden gegründet.

Neben der gesamtdeutschen Kommission müßten in dieser ersten Stufe als weitere gesamtdeutsche Organe ein Investitionsfonds und eine Bank für innerdeutschen Zahlungsausgleich gegründet werden. Der Investitionsfonds hätte die Ausweitung der Verkehrs- und Energieversorgungsanlagen in beiden Teilen Deutschlands sowie die Anpassung der beiden Volkswirtschaften aneinander zu planen und zu finanzieren. Die Bank würde die Zahlung aus der Bundesrepublik in die DDR und umgekehrt abwickeln. Sie würde insbesondere die auf rechtliche Verpflichtungen beruhenden Renten-, Pensions- und Unterhaltszahlungen aus jedem der Teile Deutschlands in den anderen Teil ermöglichen.

Um die Unterschiede im Lebensstandard teilweise auszugleichen, wird der DDR die Möglichkeit gegeben, die benötigten Waren in der Bundesrepublik zu kaufen, während sie das Ausmaß ihrer Lieferungen noch begrenzen kann. Eine Bedingung des steigenden Warenverkehrs ist jedoch die weitere Öffnung von Zonengrenzübergängen und der freie Verkehr persönlicher nicht für den Verkauf bestimmter Güter — z. B. Umzugsgut. Für die Übergangszeit gewährt die Bundesrepublik der DDR Kredite.

Was bedeutet der gesamtdeutsche Parlamentarische Rat in der 2. Stufe?

In der zweiten Stufe zur Wiedervereinigung werden die loseren Bindungen der ersten Stufe weiter gefestigt. Statt einer Kommission aus Regierungsvertretern soll

Der Gesamtdeutsche Parlamentarische Rat wird nicht ernannt, sondern gewählt. Er kann im innerdeutschen Bereich Gesetze erlassen. Gegen solche Gesetze können die Teilregierungen Einspruch einlegen, den der Rat nur mit Zweidrittel-Mehrheit zurückweisen kann.

jetzt ein gesamtdeutscher Parlamentarischer Rat je zur Hälfte in beiden Teilen Deutschlands gewählt werden, sobald die Kommission in der Lage ist, ein Wahlgesetz für den Gesamtdeutschen Parlamentarischen Rat zu verabschieden. Der Parlamentarische Rat soll die gesetzgeberischen Zuständigkeiten für jene Aufgaben übernehmen, die vorher Gegenstand von Vereinbarungen der gesamtdeutschen Kommission gewesen sind. Diese Zuständigkeiten betreffen besonders die Gebiete:

das Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Förderung der volkswirtschaftlichen Erzeugung,

Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung und gewerblichen Rechtsschutz.

Diese zweite Frage ist ein erheblicher Schritt vorwärts auf dem Wege zu einem einheitlichen Deutschland. Sie legt den Schwerpunkt technischer und wirtschaftspolitischer Regelungen auf das gesamtdeutsche Organ. Die Regierungen in beiden deutschen Teilstaaten können jedoch auch jetzt noch Einspruch gegen die Gesetze des Parlamentarischen Rates erheben. Solcher Einspruch kann vom Rat nur mit Zweidrittel-Mehrheit zurückgewiesen werden. Es kann auch jetzt noch keine Seite die andere überstimmen. Ohne solche Beschränkungen in der Zusammensetzung und den Befugnissen des Parlamentarischen Rates und die sich daraus ergebenden Sicherungen für die weiterbestehenden Regierungen und Parlamente in beiden deutschen Teilen wird sich der Übergang zur vollen staatlichen Einheit mit Mehrheitsbeschlüssen eines einheitlich freigewählten gesamtdeutschen Vollparlaments nicht verwirklichen lassen.

Welchen Fortschritt bringt die 2. Stufe auf wirtschaftlichem Gebiet?

Ein gesamtdeutscher Markt wird entwickelt. Lieferbeschränkungen fallen nun auch für die DDR fort. Offizielle Verrechnungs- und Wechselkurse werden eingeführt.

Welche Befugnisse hat der gesamtdeutsche Parlamentarische Rat in der 3. Stufe?

Der gesamtdeutsche Parlamentarische Rat befaßt sich in der 3. Stufe zunächst mit der Vorbereitung von gesamtdeutschen Gesetzen zum Steuersystem, Finanzausgleich, zur Zollunion und zur sozialen Anpassung.

Welche Bedeutung haben Volksabstimmungen in der 3. Stufe?

Jetzt können Gesetze auch im Wege von Volksabstimmungen beschlossen werden. Zu diesen Gesetzen gehört auch das Wahlgesetz zur Nationalversammlung.

In dieser zweiten Stufe wird auf wirtschaftlichem Gebiet die Entwicklung des gesamtdeutschen Marktes beschleunigt. Es werden offizielle Verrechnungskurse zwischen beiden Währungen eingeführt. Während in der ersten Stufe der DDR noch das Recht zuerkannt wurde, ihre Warenlieferungen in die Bundesrepublik zu beschränken, tritt jetzt beiderseitige volle Freizügigkeit ein. Diese Freizügigkeit betrifft nicht nur den Warenverkehr; sie soll auch Gewerbefreiheit, Niederlassungsfreiheit und freie Wahl des Arbeitsplatzes bedeuten.

In der 3. Stufe zur Wiedervereinigung nimmt der Gesamtdeutsche Parlamentarische Rat die Vorbereitung gesamtdeutscher Gesetze zum Steuersystem, zum Finanzausgleich, zur Zoll- und Währungsunion sowie zur sozialpolitischen Anpassung in Angriff. Die Gesetze selbst werden erst später vom Gesamtdeutschen Parlament beschlossen. Sie müssen aber vorbereitet werden, um die volle Wirtschafts- und staatliche Einheit zu beschleunigen.

In dieser Stufe sollen außerdem gesamtdeutsche Volksabstimmungen möglich sein, während der Parlamentarische Rat selbst noch in beiden Teilen Deutschlands je zur Hälfte gewählt worden war. Auf Antrag einer Million Wahlberechtigter soll ein Gesetzentwurf zur Volksabstimmung gestellt werden dürfen. Hier handelt es sich um die erste Möglichkeit, verbindliche Regelungen über den engen Rahmen der Zuständigkeit der ersten Stufe hinaus zu treffen, vorausgesetzt, daß allgemeines, gleiches, freies und geheimes Stimmrecht gewährleistet ist.

Aber auch hier ist noch einmal eine Sicherung vorgesehen: Widerspricht eine der beiden Regierungen dem Abstimmungsergebnis, so kann die Volksabstimmung nach einem Jahre wiederholt werden. Bekommt der Gesetzentwurf dann abermals eine Mehrheit, so wird das Ergebnis der Volksabstimmung verbindlich.

Bei Volksabstimmungen wirkt sich also die Mehrheitsbildung des gesamten Volkes aus.

Ausdrücklich nicht zugelassen werden Volksabstimmungen, die eine Einschränkung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, eine Änderung der Eigentumsverhältnisse oder die Beseitigung der gesetzgebenden oder ausübenden Gewalt in einem der beiden Teilstaaten zum Ziele haben.

Mit Zweidrittel-Mehrheit kann der Gesamtdeutsche Parlamentarische Rat einem Gesetzentwurf für die Wahl der verfassunggebenden Nationalversammlung erlassen. Damit wird zu freien Wahlen und zur Bildung einer aus solchen freien, geheimen und gleichen Wahlen in ganz Deutschland gewählten Nationalversammlung übergeleitet. Kann sich der Parlamentarische Rat über das Wahlgesetz nicht einigen, so soll eine Volksabstimmung mit Zweidrittel-Mehrheit ein solches Wahlgesetz herbeiführen können. In der 3. Stufe kann also das Volk durch eigene Initiative den weiteren Vollzug der Wiedervereinigung beschleunigen.

Die Nationalversammlung hätte den Parlamentarischen Rat abzulösen, die deutsche Verfassung zu beschließen und nochmalige allgemeine, geheime und freie Wahlen in ganz Deutschland zum ersten freien deutschen Parlament auszuschreiben. Dieses

Welche Aufgaben hat eine verfassunggebende Nationalversammlung?

Die verfassunggebende Nationalversammlung arbeitet

eine Verfassung für Gesamtdeutschland aus. Danach werden freie Wahlen für ein neues gesamtdeutsches Parlament ausgeschrieben.

Parlament würde dann die erste gesamtdeutsche Regierung bilden.

Damit wäre die staatliche Einheit Deutschlands wiederhergestellt. Alle gesamtdeutschen Organe, also die Gesamtdeutsche Konferenz, der Gesamtdeutsche Parlamentarische Rat, die Verfassungsgebende Nationalversammlung und die übrigen gesamtdeutschen Institutionen haben ihren Sitz in Berlin. Damit wird zum Ausdruck gebracht, daß Berlin die Hauptstadt Deutschlands ist und bleibt.

Dieser Deutschlandplan der SPD, der realistisch von den Tatsachen des Jahres 1959 ausgeht, setzt auf allen Seiten den Willen voraus, die Wiedervereinigung erreichen zu wollen. Die ungelöste deutsche Frage darf nicht länger zur Verschärfung der Spannungen in Europa beitragen.

Deshalb fordert die SPD:

- 1. Verhandlungen der vier für die deutsche Frage unmittelbar verantwortlichen Staaten zur Vorbereitung eines Friedensvertrages für Gesamtdeutschland.**
- 2. Verhandlungen zur Vorbereitung eines europäischen Sicherheitssystems.**

Bei Friedensvertragsverhandlungen darf nicht allein über den sowjetischen Vorschlag verhandelt werden. Auch der Westen muß einen solchen Vorschlag ausarbeiten. Außerdem ist nur durch Verhandlungen der Vier Mächte zu verhindern, daß die Sowjets einen separaten Friedensvertrag allein mit der DDR-Regierung abschließen und dadurch die Teilung Deutschlands noch weiter vertiefen.

Diese Verhandlungen sind die Grundlage aller militärischen und politischen Vereinbarungen. Sie können vorher oder gleichzeitig mit den Friedensvertragsverhandlungen stattfinden; hierüber müssen sich die Großmächte einigen.

Die SPD fordert weiter:

- 3. Ernennung von Beauftragten der Bundesrepublik Deutschland und der DDR als beratende Teilnehmer der Konferenz**

In den Noten vom 17. November 1958 und vom 2. März 1959 haben sich die Großmächte und die Bundesregierung bereits mit dieser Regelung einverstanden erklärt. Daher wird die Ernennung dieser

über den Friedensvertrag und das Sicherheitssystem.

Beauftragten ohnehin noch vor dem Beginn der Außenministerkonferenz am 11. Mai in Genf erfolgen müssen.

4. Zustimmung der Bundesregierung zur Bildung von Organen aus Beauftragten der Regierungen der Bundesrepublik und der DDR, die im Rahmen der von den Großmächten vereinbarten Regelungen den Antrag erhalten, Maßnahmen für die schrittweise Zusammenführung der beiden Teile Deutschlands vorzuschlagen.

Diese Organe sollen zunächst nur koordinierende Regelungen im innerdeutschen Bereich treffen dürfen. Wenn es sich im weiteren Verlauf der Zusammenführung der beiden Teile Deutschlands um Eingriffe in die verfassungsmäßige Ordnung der Teilstaaten handelt, müssen Organe gebildet werden, die aus freien Wahlen hervorgehen.

5. Beibehaltung des gegenwärtigen Rechtsstatus und der militärischen Sicherung Berlins bis zur endgültigen Regelung der deutschen Frage.

Auf andere Weise läßt sich die Freiheit West-Berlins nicht gewährleisten. Die völkerrechtliche Vereinbarung und der Schutz der westalliierten Truppen müssen Berlin erhalten bleiben.

Die Fortdauer der Teilung Deutschlands bedroht den Weltfrieden. Deshalb muß es das Ziel aller beteiligten Regierungen und Völker sein, sie so schnell wie möglich zu überwinden. Der Deutschlandplan ist der Ausweg aus der Krise, den die SPD zeigt.

Der Weg zur Spaltung

Der vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 18. März 1959 einstimmig beschlossene „Deutschlandplan der SPD“ beginnt mit der folgenschweren Feststellung:

„Das deutsche Volk steht vor einer furchtbaren Gefahr. Wenn sich die vier Großmächte nicht über Berlin verständigen, droht Krieg. Wenn sie sich nur über Berlin verständigen, droht die Teilung Deutschlands endgültig zu werden. Der sowjetische Vorstoß in der Berlin-Frage und der durch jahrelange Versäumnisse und Fehlspekulationen ermöglichte Friedensvertragsentwurf der Sowjetunion zwingen jetzt jeden zu der Erkenntnis, daß die Teilung Deutschlands den Weltfrieden bedroht.“

Das ist die Lage, 14 Jahre nachdem die Alliierten des letzten Weltkrieges in Potsdam geglaubt hatten, sie würden die Grundlage zu einer neuen und friedlichen Ordnung in Mitteleuropa legen.

Wer heute an diese Beschlüsse denkt, erinnert sich eigentlich nur an die Zonenaufteilung Deutschlands. Völlig vergessen ist, daß diese Konferenz auch die Errichtung von gesamtdeutschen Zentralverwaltungen für Finanzen, Transport und Verkehr, Außenhandel und Industrie unter Leitung von deutschen Staatssekretären vorsah. So sollte das in Zonen zerteilte Land verklammert werden.

Schon einige Monate nach der Potsdamer Konferenz waren diese Ansätze zur Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands bereits zerstört, und zwar vor allem durch den Einspruch des damaligen französischen Außenministers Bidault, der in jeder zentralen deutschen Instanz eine Gefahr für Frankreich erblickte.

In den folgenden Monaten und Jahren hat zunächst jede Besatzungsmacht versucht, in der ihr unterstellten Zone so viel wie möglich von dem zu verwirklichen, was ihrem politischen Leitbild entsprach. Besonders einschneidend waren aber die Veränderungen in der sowjetischen Besat-

zungszone. Sie hatte nicht nur besonders und noch schwerer als die westlichen Besatzungszonen unter den Demontagen und Kriegsfolgen zu leiden, in ihr wurde auch in gegenläufiger Entwicklung zu den westlichen Zonen, wo das Maß der politischen Freiheit allmählich zunahm, die politische und staatsbürgerliche Freiheit beengt und ertötet. Die Machthaber in dieser Zone schnürten zudem den Personen-, Waren- und Zahlungsverkehr riguros ab und schufen den Zustand, den das deutsche Volk als die Spaltung Deutschlands in Ost und West empfindet.

Deutschland trat den Weg in die Zonenpolitik an. Die Münchener Konferenz der deutschen Ministerpräsidenten konnte daran in Ermangelung von Kompetenzen nichts ändern. Es kam die D-Mark West, ihr folgte die D-Mark Ost. Der Gründung der Bundesrepublik folgte die Etablierung der DDR auf dem Fuße.

Die Spaltung wurde verschärft durch die Bewaffnung der beiden Teile Deutschlands gegeneinander. Auch hier ging das kommunistische Regime leider voran, indem es in der Zone beträchtliche militärische Einheiten unter dem Namen der Volkspolizei aufbaute. Auch in Westdeutschland ging man den gleichen Weg.

Der damalige französische Ministerpräsident Pleven legte am 26. Oktober 1950 einen Plan vor, der die Organisation einer gemeinsamen Verteidigung nach dem Muster der Montanunion mit 50-jähriger Bindung vorsah. In dieser Zeit wurde auch die Politik geboren, die man sich heute scheut noch zu bekennen, die „Politik der Stärke“, von der man nahezu neun Jahre behauptet hat, sie werde zur Wiedervereinigung Deutschlands führen, weil man mit der Sowjetunion erst dann vernünftig werde reden können, wenn man militärisch stark sei.

In diese Zeit fällt auch der verhängnisvolle Alleingang Adenauers, der ungefragt und ohne auch nur sein Kabinett zu verständigen in einem Geheimmemorandum der amerikanischen Regierung deutsche militärische Streitkräfte anbot.

Nach Monaten des Ableugnens, der halben Eingeständnisse, folgte die Periode der Verhandlungen über die EVG. Am 7. und 8. Februar 1952 beriet dann der Deutsche Bundestag über die grundsätzliche Frage, ob ein deutscher Verteidigungsbeitrag geleistet werden soll oder nicht. Die Regierungsmehrheit war dafür.

Ein Weg zur Einheit scheint sich zu öffnen

Einen Monat nach dieser Debatte im Deutschen Bundestag begann die erregendste Periode in der deutschen Politik, die uns der Wiedervereinigung hätte näherbringen können. Die Zeit wurde vertan, Chancen blieben

ungenutzt, weil man damals dem Zustandekommen der EVG alles unterordnete und weil die militärische Rüstung als Selbstzweck angestrebt wurde. Die sowjetische Note vom 10. März 1952 erscheint heute, wenn man sie mit den Notentexten des Jahres 1959 vergleicht, fast unwahrscheinlich.

Was bot die UdSSR 1952 an?

1. Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt. Damit wird der Spaltung Deutschlands ein Ende gemacht und das geeinte Deutschland gewinnt die Möglichkeit, sich als unabhängiger, demokratischer, friedliebender Staat zu entwickeln.
2. Sämtliche Streitkräfte der Besatzungsmächte müssen spätestens nach Inkrafttreten des Friedensvertrages aus Deutschland abgezogen werden.
3. Dem deutschen Volke müssen die demokratischen Rechte gewährleistet sein, damit alle unter deutscher Rechtsprechung stehenden Personen ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion die Menschenrechte und Grundfreiheiten genießen, einschließlich der Redefreiheit, der Pressfreiheit, des Rechts der freien Religionsausübung, der Freiheit der politischen Überzeugung und der Versammlungsfreiheit.
4. In Deutschland muß den demokratischen Parteien und Organisationen freie Betätigung gewährleistet sein, sie müssen das Recht haben, über ihre inneren Angelegenheiten frei zu entscheiden, Tagungen und Versammlungen abzuhalten, Presse- und Publikationsfreiheit genießen.
5. Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.“

Abschließend hieß es in der Note im Hinblick auf den Abschluß eines Friedensvertrages:

„Es versteht sich, daß ein solcher Friedensvertrag unter unmittelbarer Beteiligung Deutschlands, vertreten durch eine gesamtdeutsche Regierung, ausgearbeitet werden muß. Hieraus folgt, daß die UdSSR, die USA, Großbritannien und Frankreich, die in Deutschland Kontrollfunktionen ausüben, auch die Frage der Bedingungen prüfen müssen, die die schleunigste Bildung einer gesamtdeutschen, den Willen des deutschen Volkes ausdrückenden Regierung fördern.“

Selbst DDR muß freie Wahlen anbieten

Zu dieser Zeit bekannte sich selbst die Regierung der DDR noch zu freien Wahlen. Am 14. März 1952 erklärte Ministerpräsident Grotewohl vor der Volkskammer:

„Freie Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung sind der kürzeste Weg zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Entwürfe von Wahlgesetzen zur Durchführung gesamtdeutscher demokratischer Wahlen sind schon vorhanden und in vielen grundlegenden Fragen stimmen diese Entwürfe sogar überein. Es besteht also die reale Möglichkeit, die Einheit Deutschlands wieder herzustellen, freie demokratische Wahlen in ganz Deutschland durchzuführen und eine demokratische gesamtdeutsche Regierung zu bilden, die an der Vorbereitung und Unterzeichnung des Friedensvertrages teilnehmen könnte.“

Niemand, auch die deutschen Sozialdemokraten nicht, behaupten heute, daß ein Verhandeln über diese sowjetische Note mit Sicherheit zur Wiedervereinigung durch freie Wahlen geführt hätte. Der Vorwurf, der sich gegen die Westmächte und die deutsche Bundesregierung richtet, ist vielmehr, daß man diese Note nicht zum Anlaß genommen hat, um die sowjetischen Ansichten und die Bereitschaft Moskaus freien Wahlen zuzustimmen, bis ins letzte auszuloten. Westmächte und Bundesregierung hatten damals nur das eine Ziel, die EVG zustande zu bringen, und deshalb unterblieb dieser Versuch. Der EVG wurde der Vorrang vor der Wiedervereinigung Deutschlands gegeben. Der sowjetischen These der Bündnisfreiheit wurde die westliche These der militärischen Entscheidungsfreiheit des wiedervereinigten Deutschlands entgegengesetzt, eine These, die in den folgenden Jahren jedes vernünftige Gespräch über die Wiedervereinigung ausschloß.

Westliches Nein

So lautet schon die erste Ziffer der westlichen Antwortnote auf die sowjetische Note vom 10. März 1952:

„Die amerikanische Regierung ist der Ansicht, daß es der gesamtdeutschen Regierung sowohl vor wie nach Abschluß eines Friedensvertrages freistehen sollte, Bündnisse einzugehen, die mit den Grundsätzen und Zielen der Vereinten Nationen in Einklang stehen.“

Die amerikanische Regierung stellt ferner fest, daß die sowjetische Regierung gegenwärtig der Auffassung ist, der Friedensvertrag solle die Aufstellung nationaler deutscher Land-, Luft- und Seestreitkräfte vor-

sehen, während sie gleichzeitig die Freiheit Deutschlands, Bündnisse mit anderen Ländern abzuschließen, einschränkt. Die amerikanische Regierung ist der Ansicht, daß derartige Bestimmungen einen Schritt zurück bedeuten.“

Sogar regierungsoffizielle deutsche Persönlichkeiten urteilten damals einseitig. Der damalige Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, sagte in einer Rundfunkrede am 12. März 1952:

„Aber niemand wird in Abrede stellen können, daß es sich bei den Vorschlägen der Sowjetunion für einen Friedensvertrag mit Deutschland um ein gewichtiges politisches Ereignis der letzten Monate handelt. Das muß auch bei vorsichtigster Zurückhaltung dem Inhalt und der Absicht der Note gegenüber anerkannt werden.“

Anders Dr. Adenauer. Anstatt zu prüfen und zu verhandeln, wischte er in seiner Siegener Rede vom 16. März 1952 die sowjetische Note brüsk vom Tisch und nannte sie „einen Fetzen Papier“. Die Mahnungen und Warnungen der SPD, die Note ernsthaft zu prüfen und zu verhandeln, blieben unbeachtet.

Waren freie Wahlen angeboten?

Das Hauptargument der Gegner des Verhandeln lautete damals wie heute, das sowjetische Dokument vom 10. März 1952 habe nicht von tatsächlich freien gesamtdeutschen Wahlen gesprochen. Sie übersehen die nächste sowjetische Note vom 9. April 1952, in der es heißt:

„In Übereinstimmung hiermit erachtet es die Sowjetregierung für notwendig, daß die Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs ohne Verzug die Frage der Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen erörtern, wie sie dies bereits früher vorgeschlagen hatten. Die Anerkennung der Notwendigkeit der Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen seitens der Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs, würde durchaus die Möglichkeit schaffen, diese Wahlen in kürzester Zeit durchzuführen.“

Aus der damaligen Zeit aber stammt auch die erste eindeutige Warnung Moskaus. Sie hat sich furchtbar bestätigt. In der dritten sowjetischen Note dieser Periode, vom 24. Mai 1952, heißt es:

„Das deutsche Volk wird vor die Tatsache gestellt, daß Westdeutschland remilitarisiert wird und daß die Besatzungstruppen in Westdeutschland bleiben. Auf dem Wege des Abschlusses eines Friedensvertrages und der Vereinigung Deutschlands werden derzeit unüberwindbare Hindernisse aufgerichtet.“

Man hat der damaligen Warnung keinen Glauben geschenkt. Sie hat sich leider bestätigt. Die Bundesregierung ließ sich aber von ihr nicht beeinflussen. Sie betrieb die EVG-Politik weiter und vertrat die These, daß man die Sowjetunion, wenn man „stark“ geworden sei, zu Verhandlungen unter günstigeren Verhältnissen zwingen könnte. Anlässlich der ersten Lesung des General- und EVG-Vertrages sagte Bundeskanzler Adenauer am 9. Juli 1952:

„Es ist behauptet worden, die Genehmigung der beiden Verträge mache die Wiedervereinigung mit der Sowjetzone unmöglich. Ich halte diese Behauptung für falsch. Ich, meine Damen und Herren, bin gerade der umgekehrten Ansicht, daß wir mit dem Abschluß dieser Verträge einen bedeutenden Schritt vorwärts tun auf das Ziel: Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit in einem freien Europa.“

Noch wundergläubiger erwies sich der heutige Verteidigungsminister Franz Josef Strauß, der am 5. Dezember 1952 im Deutschen Bundestag zur Opposition gewandt sagte:

„Es ist ein absoluter Aberglaube, es ist ein gefährliches Argument in ihren Händen, zu erklären und zu glauben, die Sowjets würden nach der Ratifizierung nicht mehr zu Verhandlungen bereit sein. Die Verhandlungsmöglichkeiten — bessere — mit der Sowjetunion werden kommen!“

Sicher hat die Sowjetunion später auch verhandelt und zwar gerade mit der Bundesrepublik, aber eben nicht mehr über die Wiedervereinigung Deutschlands, sondern über die von ihr angestrebten Beziehungen zu zwei deutschen Staaten, auch zur Bundesrepublik.

Auch bei der dritten Lesung der EVG-Verträge blieb die Haltung der Bundesregierung unverändert.

Am 19. März 1953 war die Quintessenz der Politik des Bundeskanzlers:

„Es gibt keinen anderen Weg zur Wiedervereinigung in Freiheit zu kommen, als den, den Westen so stark wie möglich zu machen.“

Der Deutsche Bundestag ratifizierte mit den Stimmen der Regierungsparteien den EVG-Vertrag. Er hat uns der Wiedervereinigung nicht einen Schritt näher gebracht, ja dieser Vertrag selbst blieb ein Stück Papier, denn die französische Nationalversammlung lehnte ihn am 31. August 1954 mit 319 gegen 264 Stimmen bei 12 Enthaltungen ab.

Die neue Chance — 1954

48 Stunden nach Ablehnung der EVG durch die französische Nationalversammlung, in einer Zeit, die neuen Raum für eine Ordnung der Verhältnisse in Mitteleuropa gegeben hätte, zeigte es sich, daß die Bundes-

regierung mit allen Mitteln entschlossen war, die Militärblockpolitik fortzusetzen. Bundeskanzler Adenauer brach sein Wort. Obwohl er in feierlicher Form versprochen hatte, er werde, falls der EVG-Vertrag in der französischen Nationalversammlung scheitern sollte, mit allen Fraktionen des Bundestages, einschließlich der sozialdemokratischen Fraktion, über die dann bestehende Lage sprechen, ließ er unverzüglich die Bundesregierung auf folgende Ziele festlegen:

1. Fortführung der Politik der europäischen Einigung mit allen dazu bereiten Völkern und auf allen dazu geeigneten Gebieten, Konsultation über die weitere Behandlung der militärischen Integration mit den Ländern, die die EVG ratifiziert hatten oder unmittelbar vor der Ratifizierung stehen.
2. Teilnahme an der westlichen Verteidigung ohne Diskriminierung.“

Noch einmal hatte die deutsche Politik dann eine Chance. Aber auch sie wurde vergeudet. Genau an dem Tage, der zwischen der Erklärung der Bundesregierung über die Fortsetzung ihrer Politik und der Aussprache im Bundestag hierüber lag, schlug Außenminister Molotow erneut ein Abkommen über den Abzug der Besatzungstruppen aus Ost- und Westdeutschland im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung vor. Anlässlich eines Staatsaktes in Ost-Berlin zum 5. Jahrestag der Gründung der DDR sagte er:

„Die Sowjetunion ist nach wie vor der Ansicht, daß zu diesem Zweck die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen notwendig ist.“

Diese Rede wurde in einer Note vom 23. Oktober 1954 bestätigt. Die beantragte neue Außenministerkonferenz für November 1954 sollte beraten:

1. Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlichen und demokratischen Grundlagen und Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen.
2. Abzug der Besatzungstruppen der vier Mächte aus Ost- und Westdeutschland.
3. Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz zur Frage der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa.“

Diese Note war an dem Tag übermittelt worden, als in Paris die Bundesregierung den Vertrag über die Umwandlung des Brüsseler-Paktes in die Westeuropäische Union und die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO unterzeichnete.

Wieder ein Nein des Westens

Auch damals zog man jedoch das Militärbündnis ernsthaften Verhandlungen vor. Die Westmächte (Text der französischen Note) antworteten am 13. November 1954:

„Die Sowjetnote ist offensichtlich dazu bestimmt, die Ratifizierung der Abkommen von Paris zu verzögern oder zu verhindern. Die französische Regierung ist ihrerseits entschlossen, diese Abkommen sobald als möglich in Kraft zu setzen, sie hat nicht die Absicht, sich von diesem Ziel ablenken zu lassen.“

Es mag sein, daß es der Sowjetunion tatsächlich in erster Linie um die Verhinderung des Einbaus Westdeutschlands in die NATO ging. Wenn man dafür die Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit hätte erlangen können, mußte wenigstens der Versuch dazu gemacht werden. Hätte die Sowjetunion bei ernsthaften Verhandlungen ihre eigenen Angebote nicht aufrechterhalten, so wäre der Westen in seinem Handeln dann völlig frei gewesen. Der Parteitag der SPD im Juli 1954 in Berlin hat zu diesem Sachverhalt beschlossen:

„Für den Fall, daß wirksame Vereinbarungen zwischen östlicher und westlicher Welt nicht zu erzielen sind, die Gefahren für die Freiheit und den Frieden der Völker fortbestehen und die Einheit Deutschlands in einem umfassenden System kollektiver Sicherheit trotz aller Bemühungen nicht erreicht werden kann, erklärt sich die Sozialdemokratie bereit, unter folgenden Bedingungen an gemeinsamen Anstrengungen zur Sicherung des Friedens und der Verteidigung der Freiheit auch mit militärischen Maßnahmen teilzunehmen . . .“

Zum letzten Male: freie Wahlen

Am 9. Dezember 1954 bot die Sowjetunion nochmals die Zulassung freier Wahlen an, falls vorher der militärische Status von Gesamtdeutschland geregelt würde. Die Antwort war wieder ein Nein.

Am 15. Januar 1955 forderte die Sowjetunion schließlich in einer Erklärung Verhandlungen über die Wiedervereinigung, drohte aber gleichzeitig an, daß bei Annahme der Pariser Verträge mit einer neuen Lage zu rechnen sei. In dieser Erklärung heißt es:

„Gegenwärtig gibt es noch ungenutzte Möglichkeiten zur Erreichung eines Abkommens in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands unter gebührender Berücksichtigung der rechtmäßigen Interessen des deutschen Volkes und über die Durchführung von gesamtdeutschen

freien Wahlen zu diesem Zweck im Jahre 1955. Solche Möglichkeiten sind vorhanden, wenn das Haupthindernis, das jetzt auf dem Weg der Wiedervereinigung steht — die Pläne der Remilitarisierung Westdeutschlands und seiner Einbeziehung in militärische Gruppierungen — beseitigt sein wird. Das deutsche Volk muß durch die Abhaltung allgemeiner freier Wahlen in ganz Deutschland, einschließlich Berlin, die Möglichkeit haben, seinen freien Willen zu äußern, damit ein einheitliches Deutschland als Großmacht wieder ersteht und einen würdigen Platz unter den anderen Mächten einnimmt. Die Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen und die Wiederherstellung Deutschlands würden auch die notwendigen Voraussetzungen für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland schaffen, die die Unabhängigkeit, Souveränität und Gleichberechtigung eines einheitlichen Deutschlands endgültig verankern würde.

Das deutsche Volk muß entscheiden, welchen Weg es verfolgen will. Der eine Weg führt zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, der andere Weg, auf den die Pariser Abkommen Deutschland zerren, ist der Weg der Besiegelung der Spaltung Deutschlands. Wenn die Pariser Abkommen ratifiziert sein werden, wird eine neue Lage entstehen.“

Ungenutzt

Das letzte Angebot blieb ungenutzt.

Die Sowjetregierung nahm die ablehnende Haltung der Bundesregierung und der Westmächte als Alibi für die Fortsetzung ihrer Politik in dem von ihr besetzten Teil Deutschlands. Die Westmächte verzichteten darauf, die sowjetischen Verhandlungsangebote am Verhandlungstisch auf die Probe zu stellen. Aber auch die Sowjetregierung verzichtete darauf, die letzte Probe zu machen und den Westmächten vorzuschlagen, Deutschland wieder zu vereinen und bis zum Abschluß eines Friedensvertrages die Besatzungstruppen im Lande zu lassen, also Deutschland bis zum Abschluß eines Friedensvertrages einen Status zu geben, der etwa mit dem Österreichs vor dem Staatsvertrag vergleichbar hätte sein können. Die Teile Deutschlands blieben Faustpfand in den Händen der Mächte von Ost und West. Eine Tür fiel ins Schloß. Bis heute ist auf sowjetischer Seite von freien Wahlen in Deutschland nicht mehr die Rede gewesen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat vor dieser Entwicklung gerade in dieser Zeit leidenschaftlich gewarnt. Der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer hat in einem Brief an Bundeskanzler Dr. Adenauer noch einmal seine schwersten Bedenken zum Ausdruck gebracht und mit der

Paulskirchen-Aktion, die für den Vorrang der Wiedervereinigung warb, wurde ein weiterer Versuch unternommen, um von dem verhängnisvollen Weg zur Spaltung Deutschlands abzukommen. Es blieb vergeblich.

Am 27. Februar 1955 wurde im Westen auch der Schlüssel umgedreht. Der Deutsche Bundestag stimmte mit der Mehrheit der Regierungsparteien den Pariser Verträgen zu. Außenminister Dr. von Brentano sagte dazu:

„Wer heute bereit ist, auf ein militärisches Sicherheitssystem zu verzichten um den Preis eines politischen Akkords mit der Sowjetunion, ist in meinen Augen ein Narr oder ein Verbrecher.“

Ist 1959 die Frage nicht berechtigt, wer die Narren und die Verbrecher gewesen sind?

Am 5. Mai 1955 trat der Vertrag über die Westeuropäische Union (WEU) in Kraft. Als Antwort darauf schlossen die Staaten des Ostblocks mit der Sowjetunion am 14. Mai 1955 den Warschauer Pakt. Einen Tag danach, am 15. Mai 1955, aber war es unserem Nachbarstaat Österreich vergönnt, im Marmorsaal des Schlosses Belvedere den österreichischen Staatsvertrag zu unterzeichnen, der diesem Lande die Einheit, die Freiheit und den Abzug aller fremden Truppen brachte.

Die Genfer Konferenzen

Mit den Genfer Konferenzen des Jahres 1955 trat zutage, daß die Sowjetunion nun nicht mehr länger bereit war, Wiedervereinigung und europäische Sicherheit miteinander zu verbinden. Die Bemühungen um ein Sicherheitsabkommen traten in den Vordergrund, die Wiedervereinigung wurde seither als Sache der beiden deutschen Teilstaaten bezeichnet. Die These von den zwei deutschen Staaten hat die Sowjetunion nicht erst nach der Gipfelkonferenz vertreten.

Diese Auffassung wurde von der Sowjetunion schon im Juni 1955, also einen Monat nach dem Inkrafttreten der NATO-Verträge geäußert. Molotow tat es am 25. Juni 1955 auf einer Pressekonferenz in San Francisco, und wenige Tage später erklärte die sowjetische Nachrichtenagentur TASS zur bevorstehenden Genfer Konferenz, daß angesichts der Einbeziehung Westdeutschlands in die NATO die Frage des Verfahrens und der Durchführung freier Wahlen nur eine untergeordnete Bedeutung gegenüber der wichtigsten Frage, der Gewährleistung der europäischen Sicherheit, habe. Wörtlich heißt es in dieser TASS-Erklärung:

„An diesem Sicherheitssystem könnte sich sowohl die Deutsche Demokratische Republik als auch die Deutsche Bundesrepublik beteiligen,

deren gegenseitige Annäherung notwendig ist, um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu beschleunigen.“

Während also die Sowjetunion die Sicherheitsfrage in den Vordergrund schob, vereinbarten die drei Westmächte auf der Pariser Vorkonferenz am 14./15. Juli 1955, ein europäisches Sicherheitssystem nur dann zu bilden, wenn die Sowjetunion der Wiedervereinigung Deutschlands zu für den Westen annehmbaren Bedingungen zustimme.

Damit übernahmen die Westmächte eine Verhandlungsposition, die drei Jahre vorher von ihnen zugunsten der Aufrüstung Westdeutschlands strikt abgelehnt worden war zu einem Zeitpunkt, als diese Position durch die inzwischen geschaffene Lage nach Ansicht der Sowjetunion bereits überholt war.

Vom 17. bis 23. Juli 1955 verhandelten dann Eisenhower, Bulganin, Eden und Faure in Genf. Einer der wichtigsten Vorschläge, der auf dieser Konferenz unterbreitet wurde, war der des britischen Premierministers Eden, den er in seiner Eröffnungsrede am 18. Juli 1955 unterbreitete. Dieser Eden-Plan, von dem in den folgenden Jahren und bis heute noch die Rede ist, sah den Abschluß eines Sicherheitspaktes zwischen den vier Mächten und dem wiedervereinigten Deutschland sowie die Schaffung von Zonen verdünnter militärischer Rüstung und Kontrollgebiete in Mitteleuropa vor. Wörtlich sagte Eden:

„Die Delegation des vereinigten Königreiches schlägt vor, daß als Mittel zur Vermehrung des gegenseitigen Vertrauens in Europa die Schaffung eines Systems einer gemeinsamen Inspektion der Streitkräfte erwogen werden sollte, die sich jetzt in Europa gegenüberstehen. In zu spezifizierenden Gebieten von vereinbartem Ausmaß auf jeder Seite der Linie, die jetzt Ost- und Westeuropa teilt, würden in gegenseitigem Einverständnis gemeinsame Inspektionsteams wirken.“

Die Bundesregierung hat diesen Vorschlag dadurch torpediert, daß sie bei den Westmächten die Verschiebung der Mittelachse des Inspektionsgebietes von der Elbe-Linie an die Oder-Neiße-Linie durchsetzte und damit der Sowjetunion jedes Interesse an einer ernsthaften Diskussion dieses Vorschlages nahm. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hatte damals im Hinblick auf die Genfer Konferenzen einen detaillierten Plan für ein europäisches Sicherheitssystem und die Wiedervereinigung ausgearbeitet, auf dem zu wesentlichen Teilen der heutige „Deutschlandplan der SPD“ basiert. In einem Gespräch des SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer mit dem amerikanischen Außenminister Dulles bezeichnete dieser die Vorschläge als sehr interessant und erwägenswert.

Wegen des Einspruchs von Prof. Dr. Grewe vom Auswärtigen Amt sah sich jedoch der amerikanische Außenminister nicht in der Lage, diese Pläne weiter zu erörtern.

Genfer Ergebnis

Trotz der schon damals von der Sowjetunion vertretenen These von den zwei deutschen Staaten und trotz der Erklärung Bulganins zu Beginn der Beratungen, daß „auf Grund der gegenwärtig herrschenden Bedingungen die Zeit für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands noch nicht reif sei“, endete die Genfer Gipfelkonferenz mit einem scheinbaren Erfolg. Im Schlußkommuniqué heißt es:

„Die Regierungschefs, im Bewußtsein ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Lösung des deutschen Problems und die Wiedervereinigung Deutschlands, sind übereingekommen, daß die deutsche Frage und die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen im Einklang mit den nationalen Interessen der europäischen Sicherheit gelöst werden sollen. Die Außenminister können nach freiem Ermessen entscheiden, ob die Beteiligung oder die Konsultation anderer interessierter Parteien wünschenswert wären.“

Diese Kommuniqué wird heute noch ständig in den politischen Debatten zitiert. Dabei übersieht man geflissentlich, daß es noch einen zweiten Teil enthält, der untrennbar zum ersten Abschnitt gehört. Beim Kapitel Sicherheit in Europa und Deutschland werden nämlich die Außenminister angewiesen, verschiedene Vorschläge zur europäischen Sicherheit zu prüfen, darunter auch den folgenden:

„Einen Sicherheitspakt für Europa oder für einen Teil Europas, der eine Bestimmung darüber enthält, daß die Mitgliedstaaten die Verpflichtung übernehmen, keine Gewalt anzuwenden und einem Angreifer Hilfe zu versagen; Beschränkung, Kontrolle und Inspektion der Streitkräfte und Rüstungen; Errichtung einer Zone zwischen Ost und West, in der die Stationierung von Streitkräften der gegenseitigen Zustimmung unterliegt.“

Es ist wahr, daß Chruschtschow den Teil I des Kommuniqués schon auf dem Rückweg nach Moskau, am 26. Juli 1955 in Ost-Berlin, in Frage stellte, als er sagte, eine mechanische Vereinigung der beiden Teile Deutschlands, die sich verschiedenartig entwickelt hätten, sei unrealistisch. Damit war das Zugeständnis der Sowjets, die nach dem Wortlaut des Kommuniqués von ihrer Zwei-Staaten-Theorie abgesehen zu haben schienen, bereits entwertet. Chruschtschow wiederholte in dieser Rede aber auch die vorangegangenen Warnungen, daß sich nach einer Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO die Lösung der Wiedervereinigung komplizieren würde.

Die folgende Genfer Außenministerkonferenz im Herbst 1955 endete mit einem totalen Mißerfolg, weil die Sowjets sich in der Zwischenzeit

endgültig auf die These von zwei deutschen Staaten festgelegt hatten und weil der Westen nicht bereit war, den zweiten Teil des Kommuniqués über die Schaffung eines neuen Sicherheitssystems in Mitteleuropa ernsthaft anzupacken. Es wurden in den folgenden Jahren noch viele Noten ausgetauscht. Dieser Notenwechsel aber blieb unfruchtbar, weil beide Seiten unbeweglich auf ihren Standpunkten beharrten.

Atombewaffnung — Verschärfung der Spaltung

Die Situation für die Wiedervereinigung wurde noch prekärer, als in der Bundesrepublik die Debatten über die atomare Bewaffnung der Bundeswehr einsetzten. Sie begannen eigentlich schon im Frühjahr 1957 und bereits im April jenes Jahres warnten die 18 Göttinger Gelehrten vor diesem Schritt. Die Bundesregierung stritt zunächst wieder alles ab, erklärte das ganze Problem für unaktuell, bis sie schließlich nach den Bundestagswahlen zugab, daß sie tatsächlich beabsichtige, die Bundeswehr mit diesen Waffen auszurüsten.

Die Sowjetunion hat auch in dieser Periode vor der atomaren Bewaffnung gewarnt, ihre erste Note zu diesem Thema stammt schon vom 27. April 1957. Wörtlich heißt es in dieser Note:

„Wird man etwa ernstlich von einer Vereinigung Deutschlands sprechen können, wenn längs der Linie, die heute Deutschland in zwei Staaten trennt, auch noch Schranken aus Atomwaffen errichtet werden?“

Angesichts dieser Situation war die deutsche Wiedervereinigungspolitik an einem toten Punkt angelangt. Daran änderte auch nichts die sogenannte Berliner Erklärung vom 29. Juli 1957, die Adenauer im Wahlkampf unterstützen sollte, die aber im Grunde genommen nur auf der irrationalen These von der militärischen Entscheidungsfreiheit eines wiedervereinigten Deutschlands basiert.

Die Pariser NATO-Konferenz

Das Jahr 1957 neigte sich dem Ende zu, es stand die Dezember-Tagung der NATO-Tagung in Paris bevor. Der sowjetische Ministerpräsident Bulganin versuchte durch eine Sturzflut von Briefen an die westlichen Regierungschefs einen Beschluß über die atomare Bewaffnung der Bundeswehr zu verhindern. In dem Brief an Bundeskanzler Adenauer vom 10. Dezember 1957 heißt es:

„Es ist ganz offensichtlich, daß die Atomaufrüstung Westdeutschlands, die es noch fester an den nordatlantischen Block bände, auch jenen einzigen Weg zur Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands versperren könnte, der heute noch offen bleibt — ein Übereinkommen zwischen den beiden deutschen Staaten —. Ich möchte hervorheben, Herr Bundeskanzler, daß die Bundesrepublik heute vor Entscheidungen steht, die ihr Schicksal auf viele Jahre hinaus bestimmen, und daß es morgen vielleicht schon zu spät sein wird, vieles von dem zu verwirklichen, was heute getan werden kann, um eine für die Sache des Friedens und für die nationalen Interessen des deutschen Volkes unerwünschte Entwicklung der Ereignisse abzuwenden.“

Diese sowjetischen Briefe sahen die Wiedervereinigung durch freie Wahlen nicht mehr vor. Jetzt rächten sich die Versäumnisse der Jahre 1952 und 1954. Aber vielleicht hätte doch noch eine Chance bestanden, denn in der Zwischenzeit hatte am 2. Oktober 1957 der polnische Außenminister Adam Rapacki vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen seinen Plan unterbreitet, der vorsah:

„Im Interesse der Sicherheit Polens und der Entspannung in Europa erklärt die Regierung der Volksrepublik Polen nach Abstimmung ihrer Initiative mit den anderen Teilnehmern des Warschauer Vertrages, daß die Volksrepublik Polen im Falle einer Zustimmung beider deutscher Staaten zur Einführung eines Verbots der Produktion und der Lagerung von atomaren und thermonuklearen Waffen auf ihren Territorien bereit ist, gleichzeitig dasselbe Verbot auf ihrem Territorium zu erlassen.“

Dieser Plan wurde mehrfach erweitert. Er sah auch ein Inspektionssystem, den Rückzug fremder Truppen aus beiden Teilen Deutschlands, Polens und der Tschechoslowakei sowie kontrollierte Vereinbarungen über die Höchsttruppenstärken der nationalen Streitkräfte in diesem Gebiet vor. Ähnliche Gedanken finden sich in den Ausführungen des amerikanischen Diplomaten George Kennan, des britischen Oppositionsführers Gaitskell, des christlich-sozialen belgischen Senatspräsidenten Struye und anderer.

Während die SPD eine ernste Prüfung des Rapacki-Planes verlangte, lehnte Adenauer ab und erklärte auf einer Pressekonferenz anlässlich der NATO-Sitzung im Dezember 1957 in Paris: „Da steckt doch nichts drin!“

Angesichts dieser Haltung blieb auch die sowjetische Note ohne Erfolg, die vorschlug, über die unverzügliche Einstellung der Versuche mit Atomwaffen und den Rapacki-Plan zu verhandeln. Niemand kann sagen,

ob solche Debatten und Verhandlungen zum Erfolg geführt hätten, aber auch hier gilt der gleiche Vorwurf, nämlich, daß man die Verhandlungen noch nicht einmal versucht hat. Man verblieb bei der „Politik der Stärke“ und nach dem grundsätzlichen Beschluß der Pariser NATO-Konferenz zur atomaren Bewaffnung erklärte Adenauer am 23. Januar 1958 vor dem Deutschen Bundestag:

„Die Bundesregierung kann aber nicht, ohne ihre Pflicht gegenüber dem deutschen Volke zu verletzen, darauf verzichten, die Bundeswehr so auszurüsten, daß sie ihre Verteidigungsaufgaben gemeinsam mit den Bündnispartnern zu erfüllen vermag.“

An dieser Haltung der Bundesregierung änderte sich nichts, obwohl, wie schon vorhin beschrieben, der polnische Außenminister seinen Plan wesentlich ausbaute und Zug um Zug den westlichen Einwänden über Kontrolle, Inspektion, Ausgewogenheit der konventionellen Streitkräfte usw. entsprach.

Am 25. März 1958 schloß sich der Kreis. Die Mehrheit des Deutschen Bundestages beschloß nach einer leidenschaftlichen dreitägigen Debatte die atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Noch zu diesem Zeitpunkt vertrat die Bundesregierung die These, man werde mit der „Politik der Stärke“ die Sowjetunion in die Knie zwingen können.

Die Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung ist gescheitert!

Jetzt stehen wir vor den sowjetischen Berlin-Noten und vor einem sowjetischen Friedensvertragsentwurf, demgegenüber der Notenwechsel der Jahre 1952 und 1954 wie ein schönes Märchen aus vergangenen Tagen anmutet.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands war in allen diesen Jahren ein getreuer Ekkehard des deutschen Volkes. Sie hat gewarnt, sie hat die Regierung immer wieder beschworen, sie hat zu Verhandlungen geraten und sie hat konstruktive Pläne entwickelt. Sie hat von der Bundesregierung immer und immer wieder nur ein hartes und schnödes Nein zur Antwort bekommen.

Die Sozialdemokratische Partei hat im Bundestag, der jeweiligen internationalen Verhandlungssituation entsprechend, darum gerungen:

1949 bis 1952

forderte die SPD von der Bundesregierung, sie müsse bei den vier Besatzungsmächten aktiv werden und die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit als die vordringlichste Forderung des

ganzen deutschen Volkes behandeln. Die SPD hat zugleich von der Sowjetregierung immer wieder verlangt, sie möge selbst ihre Vorschläge zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf den Tisch legen, statt nur ihre Statthalter in Ost-Berlin sprechen zu lassen.

1952 bis 1955

forderte die SPD von der Bundesregierung und den Westmächten, sie sollten die seit dem März 1952 vorgelegten sowjetischen Vorschläge am Verhandlungstisch ernsthaft auf die Probe stellen sowie den Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands den Vorrang vor Schritten zur einseitigen militärischen Eingliederung der Teile Deutschlands in die Militärbündnisse von Ost und West geben.

1955,

nachdem die Pariser Militärverträge im Westen und der Warschauer Pakt im Osten entgegen allen Warnungen der SPD in Kraft gesetzt worden waren, setzte sich die SPD in ihren Vorschlägen zu den Genfer Konferenzen dafür ein, daß die beiden Teile Deutschlands im Rahmen eines Abkommens zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa von ihren einseitigen militärischen Verpflichtungen entbunden würden, um die Wiedervereinigung noch zu ermöglichen. Gleichzeitig warb sie für ein Rahmenabkommen der vier Mächte, das einer innerdeutschen Annäherung dienlich sein konnte.

1956 bis 1958

verlangte die SPD die Aufnahme geregelter diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik zu den osteuropäischen Staaten und die Förderung von Verhandlungen über eine militärische Entspannungszone in Mitteleuropa.

1958,

auf ihrem Stuttgarter Parteitag, erklärte die SPD warnend, daß Deutschlands Spaltung zur endgültigen Teilung Deutschlands zu werden drohe. Sie wies nach dem verhängnisvollen Beschluß der Bundestagsmehrheit für die atomare Ausrüstung der Bundeswehr darauf hin, daß Aussicht für die Wiedervereinigung nur noch bestehe, wenn es gelinge, die heute

noch getrennten Teile Deutschlands in eine Zone militärischer Entspannung einzugliedern und eine Kombination von Schritten der vier Mächte und der beiden Teile Deutschlands zustande zu bringen, die — gegebenenfalls in Etappen — zur Wiedervereinigung führen könne.

Am Anfang des „Deutschlandplanes der SPD“ stehen die ersten Sätze:

„Das deutsche Volk steht vor einer furchtbaren Gefahr. Wenn sich die vier Großmächte nicht über Berlin verständigen, droht Krieg. Wenn sie sich nur über Berlin verständigen, droht die Teilung Deutschlands endgültig zu werden. Der sowjetische Vorstoß in der Berlin-Frage und der durch jahrelange Versäumnisse und Fehlspekulationen ermöglichte Friedensvertragsentwurf der Sowjetunion zwingen jetzt jeden zu der Erkenntnis, daß die Teilung Deutschlands den Weltfrieden bedroht.“

Daß es zu dieser Lage gekommen ist, daran tragen Adenauer, seine Regierung und seine Regierungsmehrheit mit ein gerüttelt Maß Schuld. Sie haben einseitige militärische Bindungen geschaffen und die erforderlichen Initiativen unterlassen. Sie haben viele Chancen versäumt; durch ihr Zutun ist das erste Anliegen des deutschen Volkes, seine Wiedervereinigung in Freiheit, heute ferner gerückt denn je.

Die deutschen Sozialdemokraten aber resignieren nie! Sie werden, und wenn es neunundneunzigmal fehlschlagen sollte, zum hundertsten Male den Versuch unternehmen, das deutsche Volk in Freiheit wieder zusammenzuführen.

Deshalb entstand

DER DEUTSCHLANDPLAN DER SPD

Einwände und Antworten

zum Deutschlandplan der SPD

Mit heftigen Angriffen und zahlreichen, einander zum Teil widersprechenden Einwänden, haben die Gegner der SPD auf den Deutschlandplan geantwortet. Auf den folgenden Seiten werden diese Einwände entkräftet und die Vorschläge des Deutschlandplanes in Gegenargumenten erläutert.

Einwand: *Der Deutschlandplan bedeutet einen Bruch der bisherigen SPD-Politik.*

Antwort: Der Deutschlandplan setzt die SPD-Politik der Nachkriegszeit folgerichtig fort und trägt gleichzeitig den politischen Veränderungen seit dem Beitritt der Bundesrepublik zu WEU und NATO Rechnung. Dies gilt nicht nur für den militärpolitischen Teil des Plans, sondern auch für den Teil, der die innere Verklammerung der beiden Teile Deutschlands behandelt.

In den zur Genfer Außenministerkonferenz im Herbst 1955 von der SPD veröffentlichten Vorschlägen hieß es:

„Die Bundesregierung muß bemüht sein, durch Abkommen und Vereinbarungen mit den Behörden oder Regierungsstellen der sowjetisch besetzten Zone ein Höchstmaß normaler Beziehungen zwischen den Bewohnern der Teile des gespaltenen Landes zu gewährleisten, solange die von den Besatzungsmächten errichtete Demarkationslinie (Zonengrenze) noch aufrechterhalten bleibt.“

Im folgenden Jahr, 1956, stimmte der Münchener SPD-Parteitag einer Entschließung zu, in der es hieß:

„Die Bundesregierung muß bestrebt sein, das Zusammenleben der Deutschen während der . . . Spaltung Deutschlands zu erleichtern und dadurch Voraussetzungen für die Wiedervereinigung . . . zu schaffen.“

Der Parteitag tritt in dieser EntschlieÙung „für den Abbau der Schranken durch gesetzgeberische und Verwaltungsmaßnahmen beider deutscher Seiten und durch technische Abmachungen der zuständigen Dienststellen beider Seiten ein. Möglichst viele Sachgebiete menschlicher Beziehungen und Tätigkeiten sollen nach dem Grundsatz größtmöglicher Freizügigkeit für den gesamtdeutschen Verkehr und Austausch freigegeben werden.“

In der EntschlieÙung zur Wiedervereinigung auf dem Stuttgarter SPD-Parteitag 1958 hieß es:

„Es muß gelingen

- a) Maßnahmen zur Verklammerung der Teile Deutschlands durchzusetzen, die wirtschaftlich, sozialpolitisch und kulturell die inneren Bindungen stärken und der Auseinanderentwicklung der Teile entgegenwirken,
- b) den Kalten Krieg und die ideologische Verhetzung innerhalb Deutschlands zu überwinden,
- c) die Kombination von Schritten der vier Mächte und der beiden Teile Deutschlands zustandezubringen, die — gegebenenfalls in Etappen — zur Wiedervereinigung führt.“

Am 30. September 1958 brachte die SPD-Bundestagsfraktion einen Antrag zur Schaffung eines „Amtes für Innerdeutsche Regelungen“ ein. Das Amt sollte die Aufgabe haben:

- a) Alle Dienststellen der Bundesrepublik, die mit innerdeutschen Regelungen (Interzonenhandel, Verkehr, Justiz, Post usw.) betraut sind, zusammenzufassen und deren Arbeit zu koordinieren;
- b) innerdeutsche Fragen mit allen beteiligten Stellen und Personen zu erörtern, Meinungsverschiedenheiten abzuklären und Vereinbarungen zur Regelung vorzubereiten;
- c) Vorschläge zur Regelung innerdeutscher Fragen zu unterbreiten.“

In diesen Vorschlägen, EntschlieÙungen und Anträgen spiegelt sich der Wille der SPD, ein weiteres Auseinanderleben der beiden Teile Deutschlands zu verhindern und Maßnahmen der Zusammenführung einzuleiten, die nunmehr im Deutschlandplan umfassenden und konkreten Niederschlag gefunden haben.

Der Deutschlandplan bedeutet daher keinen Bruch, sondern im Gegenteil die Fortsetzung der Politik der SPD, und zugleich den heute einzigen ernst zu nehmenden Versuch von deutscher Seite, den Weg zur Wiedervereinigung wieder zu öffnen.

Einwand: Die SPD hat mit dem Deutschlandplan die Linie Kurt Schumachers verlassen.

Antwort: In den Augen der Gegner der SPD ist ein toter Sozialdemokrat ein guter Sozialdemokrat. Diejenigen, die sich heute mit Zitaten des toten Dr. Kurt Schumacher schmücken, waren zu seinen Lebzeiten seine erbittertsten Gegner. Kurt Schumacher hatte sich unerbittlich gegen die Versuche einer Parteivermischung von SPD und KPD gewandt; das ist auch heute noch die Auffassung der SPD. Dr. Schumacher hatte schon zu einer Zeit, in der die beiden deutschen Teile noch nicht auf ihre Staatlichkeit pochen konnten, verhindern wollen, daß sie sich gegenseitig schlucken. Das ist weiter das erklärte Ziel der SPD. Die SPD steht zu Kurt Schumacher und seiner Politik.

Einwand: Es war nicht richtig, vor den Konferenzen den Deutschlandplan zu veröffentlichen, und es ist ein Fehler, daß dieser Plan bereits Einzelheiten festlegt.

Antwort: Die SPD ist durch das Verhalten der Bundesregierung und der Regierungsparteien gezwungen worden, ihren Plan noch vor den Konferenzen der Großmächte zu veröffentlichen. In allen interfraktionellen Gesprächen und in vielen Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses hat sich die Regierung geweigert, auch nur andeutungsweise zu sagen, welche eigenen Vorstellungen sie zur Lösung der Deutschland- und Berlinfrage entwickelt. Diese Weigerung ist letztlich darauf zurückzuführen, daß die Bundesregierung bis heute keinen Plan hat, es sei denn den, alles beim alten und also bei der Spaltung Deutschlands zu belassen. Damit wird die Gefahr einer isolierten Berlin-Lösung heraufbeschworen.

Erst als das offenkundig wurde, hat die SPD sich zur Veröffentlichung ihres Planes entschließen müssen, denn es muß Ost und West klar gemacht werden, daß es auch in Deutschland politische Kräfte gibt, die in der Lage sind, konstruktive Ideen zu entwickeln.

Ist der Plan zu perfektionistisch, enthält er zuviele Einzelheiten? Der Plan regelt nicht alles bis zum I-Tüpfelchen, sondern gibt in vielen Fragen noch Spielraum für spätere Einzelentscheidungen. Auf der anderen Seite hat es aber gar keinen Sinn, nur allgemeine Grundsätze zu verkünden, ohne genau zu sagen, wie man sich das Zusammenwachsen Deutschlands konkret vorstellt und was man dazu zu tun bereit ist.

Der Deutschlandplan ist eine Diskussionsgrundlage. Das bedeutet, daß er in der weiteren Debatte und erst recht bei internationalen Verhandlungen ergänzt und verbessert werden kann. Es kam aber darauf an, erst einmal eine solche präzise Grundlage vorzulegen. Bundeskanzler Adenauer erklärte am 8. April 1959 im Rundfunk: „Nur über präzise Vorschläge kann man sich unterhalten.“ Leider hat er selbst keine gemacht.

Einwand: Es ist unverständlich, daß die SPD ihren Deutschlandplan kurz nach Abschluß des Moskauer-Besuches von Prof. Carlo Schmid und Fritz Erler veröffentlicht hat.

Antwort: Carlo Schmid hat selbst gesagt, daß er schon vor der Abreise nach Moskau keine Illusionen über die sowjetische Haltung gehabt habe. Fritz Erler hat in der Pressekonferenz, auf der der Deutschlandplan veröffentlicht wurde, im übrigen ausdrücklich darauf hingewiesen, daß dieser Plan sich zwar nicht mit den Absichten Moskaus decke, es sei aber notwendig, den sowjetischen Vorschlägen eigene deutsche entgegenzusetzen. Diese Überzeugung sei bei seinen Gesprächen in Moskau bestärkt worden. Das Echo aus Ost und West hat zudem bewiesen, daß dieser Plan eine ernsthafte Verhandlungsgrundlage bietet.

Chruschtschow sagte auf einer Pressekonferenz am 19. März 1959: „Mein Eindruck ist, daß, wenn die SPD-Politiker Verhandlungsvollmachten hätten, und wir uns mit ihnen an einen Tisch setzen würden, daß es dann möglich sein könnte, eine Einigung zu erzielen.“

Auch die jüngsten amerikanischen Vorstellungen, gegen die sich Bundeskanzler Adenauer gesträubt hat, entsprechen in zwei wesentlichen Punkten dem Deutschlandplan der SPD. Erstens gehen auch sie davon aus, daß es nicht möglich sein wird, die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands sozusagen in einem Zug mit freien Wahlen als den ersten Schritt zu lösen. Zweitens ist in der Periode des Zusammenwachsens der beiden Teile Deutschlands vorgesehen, daß die gesamtdeutschen Organe keine Zuständigkeiten haben sollen, die die staatliche Gewalt der beiden Teilregierungen außer Kraft setzen würden.

Einwand: Der Deutschlandplan trägt deutlich die Handschrift Herbert Wehners.

Antwort: Mit dieser Behauptung soll der Deutschlandplan als Alleingang Wehners abgestempelt werden, dem die Zustimmung vieler SPD-Politiker fehle. In Wirklichkeit ist der Plan eine Gemeinschaftsarbeit zahlreicher führender SPD-Politiker. Die Grundzüge des Plans stammen von einem siebenköpfigen Unterausschuß, der vom Arbeitskreis für Auswärtiges der SPD-Bundestagsfraktion und vom Außenpolitischen Ausschuß beim SPD-Vorstand bestimmt worden war. Diesem Ausschuß gehörten an: Herbert Wehner, Fritz Erler, Prof. Meyer, Ernst Paul, Kurt Mattick, Dr. Heineemann, Helmut Schmidt. Die Arbeitsergebnisse dieses Unterausschusses wurden den beiden obengenannten Ausschüssen in einer gemeinsamen Sitzung am 3. März vorgelegt und einstimmig gebilligt. Danach haben in einer gemeinsamen Sitzung die Vorstände der Partei und der Bundestags-

fraktion den Deutschlandplan einstimmig beschlossen. Die SPD-Bundestagsfraktion wurde noch am gleichen Tage eingehend unterrichtet und wirkt für diesen Plan.

Es liegt in der Natur der Sache, daß der stellvertretende Parteivorsitzende Herbert Wehner führend an diesen Arbeiten beteiligt war, denn auf einen Mann mit seinen Erfahrungen kann bei einer solchen Arbeit nicht verzichtet werden. Der Deutschlandplan hat aber die Billigung der zuständigen Parteikörperschaften gefunden.

Einwand: Der Deutschlandplan ist ein Zeichen für die beginnende „Aufweichung“ der Sozialdemokratie und bedeutet ein Nachgeben gegenüber dem Osten.

Antwort: Der Deutschlandplan bedeutet kein Nachgeben und keine passive Anpassung an die Forderungen des Ostens. Er ist im Gegenteil der unter den gegebenen Umständen einzig mögliche Versuch, von der deutschen Plattform aus offensiv zu werden, um die vielleicht letzte Chance für eine Wiederherstellung der deutschen Einheit in gesicherter Freiheit zu nutzen.

Der Vorwurf der „Aufweichung“ trifft die Sozialdemokratie und ihre Mitglieder nicht; denn ihrer Standfestigkeit ist es zu verdanken, daß die SED an der Zonengrenze aufgehalten wurde, daß West-Berlin mit seiner sozialdemokratischen Mehrheit ein Bollwerk der Freiheit ist, und daß die Kommunisten in Westdeutschland eine bedeutungslose Sektierergruppe sind. Ziel der sozialdemokratischen Politik ist es, daß weder die Unterwerfung unter eine kommunistische Diktatur noch ein Atomkrieg unausweichlich werden.

Einwand: Der Deutschlandplan läßt keinen Spielraum für Verhandlungen.

Antwort: Dieser Einwand belastet den Deutschlandplan mit dem Vorwurf, daß er sich auf Minimalforderungen beschränkt hätte, von denen aus kein Schritt zurück mehr möglich sei. Der Einwand verkennt die tatsächliche Lage, in der wir uns befinden und die uns sowieso nur eine geringe Manövriermöglichkeit läßt. Forderungen und Bedingungen, die nur zum Zweck späterer Konzessionen gemacht werden, geben leicht den Vorwand für ein Scheiternlassen von Verhandlungen. Der Deutschlandplan ist bewußt so weitmaschig und flexibel gehalten, daß er Ansatzpunkte und genügend Raum für Verhandlungen und, wenn nötig, für Korrekturen bietet.

Einwand: Die Sozialdemokraten haben jahrelang erklärt, daß man für die Wiedervereinigung einen „Preis“ zahlen müsse. Jetzt wollen sie davon nichts mehr wissen.

Antwort: Die Veränderung der internationalen Machtverhältnisse und die Versäumnisse der Bundesregierung haben viele Werte entwertet und viele „Preise“ außer Kurs gesetzt, bevor sie noch ins Spiel gebracht werden konnten. Von einem „Preis“, dem wir den Kreml für die Wiedervereinigung zahlen könnten oder zu zahlen hätten, ist heute keine Rede mehr.

Aus dieser Entwicklung, an der die SPD keine Schuld trägt, hat sie die zweifellos schmerzlichen, aber notwendigen Konsequenzen gezogen.

Eine Äußerung des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow, es sei ihm gleichgültig, ob die Bundesrepublik in der NATO sei oder nicht, wird von den Kritikern der SPD als „Beweis“ dafür angeführt, daß selbst angeblich der größte „Preis“, nämlich der Austritt der Bundesrepublik aus der NATO, von den Sowjets gar nicht mehr als solcher angesehen werde. Abgesehen davon, daß die SPD immer nur von einer Lösung der Teile Deutschlands aus der NATO und dem Warschauer Pakt gesprochen hat, damit beide Teile ihre Verpflichtungen in einem europäischen Sicherheitsabkommen übernehmen können, ist die Äußerung Chruschtschows doch nur eine Bestätigung dafür, daß es für die Wiedervereinigung einen „Preis“ im herkömmlichen Sinne nicht mehr gibt.

Diese Chance war noch in den Jahren 1952 bis 1955 gegeben. Heute besteht sie nicht mehr. Heute gibt es nur noch den Weg des langsamen Zusammenwachsens der beiden Teile Deutschlands im Rahmen einer schrittweisen militärischen Entspannung in Europa. Der Tatbestand bleibt aber bestehen, daß ein wiedervereinigtes Deutschland nicht Mitglied einer der beiden Militärallianzen oder gar beider zugleich sein kann.

Einwand: Der Deutschlandplan verlängert auf lange Zeit das Bestehen des Ulbricht-Regimes.

Antwort: Die jetzige Position des Ulbricht-Regimes ist das Ergebnis der von beiden Seiten betriebenen Politik der Zementierung der Spaltung Deutschlands. Wenn diese Politik weitergeführt werden sollte, dann allerdings muß auch ein Fortbestehen des Ulbricht-Regimes tatsächlich auf unabsehbare Zeit befürchtet werden. Der Deutschlandplan dagegen, bei dessen Verwirklichung schon zu Anfang Menschenrechte und Grundfreiheiten auch in der DDR anerkannt und praktiziert werden müßten, führt mit Hilfe gesamtdeutscher Organe zur schrittweisen Herstellung der Freiheit in der DDR und damit zu den gleichen Freiheitsrechten in Gesamtdeutschland.

Einwand: Der Deutschlandplan schafft militärische Unsicherheit für das deutsche Volk und für Europa.

Antwort: Deutschland liegt in der Mitte zwischen hochgerüsteten Militärblöcken. Es bedarf daher auch nach der Auffassung der SPD einer ausreichenden Sicherheit wegen militärischer Überfälle und kriegerischer Auseinandersetzungen, in die die Bundesrepublik als Mitglied der NATO und die DDR als Mitglied des Warschauer Paktes zwangsläufig einbezogen werden könnten. Die Zonengrenze, an der sich die atomgerüsteten Truppen beider Militärblöcke auf Gewehrschußweite in unserem Lande gegenüberstehen, macht den Frieden nur noch von blinden Zufällen abhängig. Die heutige Lage bietet daher keine militärische Sicherheit. Eine endgültige Lösung des Sicherheitsproblems kann nur durch eine allgemeine Abrüstung ermöglicht werden, die heute noch nicht zu erreichen ist. Möglich erscheint dagegen die Schaffung von Zonen mit begrenzter Rüstung. Im Hinblick auf die Gefahr der Zonengrenze sollte ein solcher Entspannungsraum insbesondere für Mitteleuropa geschaffen werden. Er würde auch den allmählichen Abzug der Fremdstuppen ermöglichen. Damit entsteht kein „Vakuum“, denn der Deutschlandplan sieht eine Fülle von Sicherungen und Garantien in dieser Entspannungszone sowie einen eigenen militärischen Sicherheitsbeitrag Deutschlands vor. Unsere Sicherheit wächst, wenn sich die sowjetischen Truppen nicht mehr im Thüringer Wald, sondern an der Ostgrenze Polens befinden. Das „Nein“ des NATO-Oberkommandierenden Generals Norstad gegen alle Arten von Disengagements, das im Gegensatz zu der Meinung des früheren stellvertretenden Oberbefehlshabers Marschall Montgomery steht, kann nicht jede weitere Entwicklung verhindern, die immer drängender auf zunächst regionale Entspannungsmaßnahmen zusteuert.

Der Deutschlandplan bringt also nicht etwa militärische Unsicherheit, sondern er schafft erst die Voraussetzungen für eine ausreichende militärische Sicherheit Deutschlands, die heute nicht vorhanden ist.

Einwand: Die SPD ist bereit, die Anerkennung der DDR hinzunehmen.

Antwort: Der Deutschlandplan hat nicht die Anerkennung der Forderung der DDR, als selbständiger Staat im völkerrechtlichen Sinne dazustehen, zum Inhalt, sondern er ist der Versuch, die Endgültigkeit der völkerrechtlichen Besiegelung der Teilung Deutschlands zu vermeiden. Man kann nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß tatsächlich in der DDR Organe bestehen, die wie rechtmäßige Staatsorgane tätig sind, und daß deshalb Fragen, die beide Teile Deutschlands betreffen, unter Beteiligung dieser Organe behandelt werden müssen.

Zu den Verhandlungen über die militärische Sicherheit und über den Friedensvertrag für Deutschland soll eine Kommission der vier Großmächte eingesetzt werden, an der die beiden deutschen Regierungen beratend

teilnehmen, ohne in völkerrechtliche Beziehungen zueinander zu treten. Dieser Regelung haben die Regierungen der Großmächte, der Bundesrepublik und der DDR in ihren Noten vom November 1958 und vom März 1959 schon zugestimmt. Bereits auf der Genfer Außenminister-Konferenz vom 11. Mai 1959 wird in dieser Weise verfahren.

Die Vereinbarungen über die schrittweise innerdeutsche Zusammenführung sollen nach dem Deutschlandplan jeweils in einem von den vier Großmächten abgesteckten Rahmen erfolgen, so daß sich die beiden deutschen Regierungen bei diesen Verhandlungen sozusagen „im Auftrage der Großmächte“ gegenüberstellen. Im Laufe der Entwicklungen würden die Beziehungen zwischen den Organen der Teilstaaten ihren pseudo-völkerrechtlichen Charakter verlieren und immer mehr rein staatsrechtlich werden. (Professor Dr. Menzel in „Europa-Archiv“ Nr. 9/58.)

Einwand: Die SPD hat das Junktim zwischen militärischen und politischen Maßnahmen aufgegeben.

Antwort: Der Deutschlandplan legt fest, daß die Vereinbarungen über die politische und wirtschaftliche Zusammenführung Deutschlands im Rahmen einer von den Großmächten bestimmten Regelung der europäischen Sicherheit und der deutschen Frage getroffen werden sollen. Wer auf einem förmlichen Junktim besteht, riskiert, daß es entweder beim Wettrüsten bleibt, oder daß sich die Großmächte auf einem Wege einigen, der ihnen eine Entlastung von der Rüstung bringt, ohne zu politischen Regelungen beizutragen, zu denen auch die deutsche Frage gehört. Die Erfahrungen mit der bisherigen Politik zeigen, daß eine Fortsetzung des Wettrüstens nicht zur Wiedervereinigung und nicht zur Lösung der politischen Probleme führt; im Gegenteil, es droht die Gefahr, daß wir auf diesem schmalen Pfad in den Krieg hineinschlittern. Wenn daher auch zu wünschen wäre, daß es gelänge, die militärische und politische Entspannung in Europa fest miteinander zu verbinden, so hat doch die militärische Entspannung den Vorrang, denn die Sicherung des Friedens wäre auf jeden Fall von Wert.

Jeder Schritt, der zu einem gleichwertigen Auseinanderrücken der in Mitteleuropa einander gegenüberstehenden Fremdstuppen führt, wird zwangsläufig auch die Voraussetzungen für die Lösung der politischen Probleme verbessern. Das bisher geforderte „förmliche Junktim“ muß daher den Realitäten der politischen Entwicklung entsprechend von einer Methode abgelöst werden, die die militärischen und politischen Entspannungsschritte elastisch in einem logischen und parallelen Ablauf der Maßnahmen verbindet. Ein „förmliches Junktim“ verhindert beides: Entspannung und politische Lösung. Eine parallele Entwicklung ermöglicht dagegen Fortschritte auf beiden Seiten.

Einwand: Ein Disengagement allein löst das deutsche Problem nicht.

Antwort: Die politische Entspannung kann nur erreicht werden, wenn es gelingt, ein Disengagement herbeizuführen, also die Militärblöcke auseinander zu rücken. Das wird nur zu verwirklichen sein, wenn sich die vier Großmächte darüber einigen. Ein militärisches Disengagement darf nicht dadurch erschwert oder unmöglich gemacht werden, daß es an politische Bedingungen geknüpft wird. Die SPD hat eine militärische Entspannung seit Jahr und Tag nicht nur als Voraussetzung für die Wiedervereinigung, sondern auch zur Sicherung des Friedens gefordert. Schon ein Auseinanderrücken der Truppen im mitteleuropäischen Raum würde für sich allein ein wichtiger Erfolg sein. Nur auf diese Weise wird es auch möglich sein, die sowjetischen Divisionen aus Mitteldeutschland herauszubringen und das deutsche Volk Herr im eigenen Hause werden zu lassen.

Einwand: Berlin wird durch den Deutschlandplan gefährdet.

Antwort: Der Deutschlandplan ist nicht zuletzt deshalb nötig geworden, um die als Folge der bisherigen offiziellen Politik drohende isolierte Lösung des Berlinproblems zu verhindern. Die SPD hat sich vom ersten Tage des sowjetischen Berlinvorstoßes an — und das im direkten Gegensatz zur Politik des Bundeskanzlers — gegen eine isolierte Berlin-Lösung gewandt und betont, daß die Berlinfrage nur im großen Rahmen des deutschen Problems und der europäischen Sicherheit mitgeregelt werden dürfe. Der Einwand stellt also die Dinge buchstäblich auf den Kopf. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wehner hatte überdies schon bei der Veröffentlichung des Deutschlandplanes festgestellt, daß nach dem Willen der SPD die letzten Fremdstuppen, die deutschen Boden verlassen werden, die in Berlin stationierten Einheiten sein sollen, auch wenn sie nur noch Symbolcharakter hätten.

Einwand: Mit dem Deutschlandplan soll durch die Hintertür ein sogenannter „Linkssozialismus“ eingeschmuggelt werden. Er soll die Möglichkeit für die Sozialisierung aller Wirtschaftsbereiche eröffnen.

Antwort: Nach dem Deutschlandplan sind ausdrücklich alle Veränderungen der Wirtschaftsstruktur und der Eigentumsverhältnisse ausgeschlossen, bevor nicht eine frei gewählte Nationalversammlung solche Entscheidungen trifft. Selbst in der dritten Stufe der Zusammenführung, in der der Gesamtdeutsche Parlamentarische Rat tätig sein soll, werden Gesetzentwürfe von den Volksabstimmungen ausgeschlossen, die eine Änderung der Eigentumsverhältnisse zum Ziele haben. Die Absicht eines wirtschaftlichen Schleichweges, den die Gegner dem Deutschlandplan unterstellen, wird weder angestrebt noch ist sie möglich. Die SPD bleibt

auch hier ihrer Politik treu, die schon in der Entschließung des Münchener Parteitages 1956 ihren Niederschlag gefunden hat: „Die Gestaltung des Wirtschafts- und Sozialsystems des wiedervereinigten Deutschlands unterliegt allein den freien Entscheidungen eines frei gewählten Gesamtdeutschen Parlaments.“

Einwand: Durch die paritätische Zusammensetzung der für eine Übergangszeit zu schaffenden gesamtdeutschen Organe wird die Wiedervereinigung in Freiheit abgeschrieben.

Antwort: Im Rahmen einer von den vier Großmächten zu vereinbarenden Regelung der deutschen Frage und der europäischen Sicherheit werden Beauftragte der Bundesrepublik mit Beauftragten der DDR Organe zur Zusammenführung der Teile Deutschlands bilden. Diese Organe lassen die verfassungsmäßige Zuständigkeit in den beiden Teilen Deutschlands unberührt, denn sie haben lediglich den begrenzten Auftrag, Maßnahmen für die schrittweise Zusammenführung vorzuschlagen.

Die Vertreter der DDR erhalten in den der Wiedervereinigung vorangehenden gesamtdeutschen Gremien kein Vetorecht, denn diese Organe arbeiten nach dem Konferenzprinzip, das heißt, daß man sich entweder einigt, oder daß keine Änderungen zustande kommen. Deshalb kann keine Seite die andere überstimmen oder majorisieren oder gar verschlucken. Nur in einem einzigen Fall ist in der dritten Stufe eine politische Ausnahme vorgesehen, nämlich die, daß ein Wahlgesetz zur Wahl einer Nationalversammlung mit einer Zweidrittel-Mehrheit zustande kommen kann. Der Deutschlandplan verhindert eine Prager-Entwicklung also durch die klare Regelung, daß es keine Überstimmung, sondern nur eine Einigung in den gesamtdeutschen Organen geben kann. Diese Organe haben auch nicht die Befugnis, die staatliche Gewalt der beiden Teilregierungen außer Kraft zu setzen. Das kann erst eine aus freien Wahlen gebildete deutsche Nationalversammlung.

Einwand: Nach dem Stufenplan werden wichtige Entscheidungen von paritätisch besetzten Organen getroffen. Damit öffnet die SPD der Bolschewisierung der Bundesrepublik Tür und Tor.

Antwort: Die SPD erstrebt eine Wiedervereinigung in gesicherter Freiheit. Daraus ergeben sich zwei entscheidende Konsequenzen:

1. Wenn die Wiedervereinigung nur, wie heute feststeht, das Ergebnis eines längeren Prozesses sein kann, so müssen für die Zwischenzeit Einrichtungen geschaffen werden, die das allmähliche Zusammen-

wachsen der beiden deutschen Teile vorbereiten. Aussicht auf Erfolg hat ein solcher Vorschlag heute offensichtlich nur noch dann, wenn die in der Übergangszeit tätigen Organe paritätisch besetzt werden. Diese Organe dürfen keine Rechte haben, durch die einem der beiden deutschen Teile Entscheidungen gegen seinen Willen aufgezwungen werden könnten.

2. Entscheidungen für Gesamtdeutschland dürfen nur durch ein Parlament getroffen werden, das nach demokratischen Grundsätzen gewählt worden ist. Darum kann die verfassunggebende Nationalversammlung ebenso wie das Gesamtdeutsche Parlament nur auf Grund allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahlen gebildet werden.

Der Deutschlandplan entspricht diesen beiden Grundsätzen.

In der ersten Stufe hat die Gesamtdeutsche Konferenz nur das Recht, die Regelung innerdeutscher Angelegenheiten zu vereinbaren. Kommt es zu keiner Verständigung zwischen den Vertretern der Bundesrepublik und der DDR, gibt es keine Vereinbarungen. Abstimmungen gibt es in der ersten Stufe nicht. Aber selbst Vereinbarungen über Punkte, die nach dem Grundgesetz die Zustimmung verfassungsmäßiger Organe bedürfen, sind ohne diese Zustimmung nicht gültig. Im übrigen hat die Gesamtdeutsche Konferenz die Aufgabe, sich zu allen Gesetzesvorlagen in beiden Teilen Deutschlands gutachtlich zu äußern.

In der zweiten Stufe erhält der Gesamtdeutsche Parlamentarische Rat eine gewisse gesetzgeberische Zuständigkeit. Sie ist beschränkt auf Fragen der Eisenbahn, des Straßenverkehrs, der Binnenschifffahrt, des Post- und Fernmeldewesens, der Förderung der volkswirtschaftlichen Erzeugung, der Verhinderung wirtschaftlichen Machtmißbrauchs des gewerblichen Rechtsschutzes. Jede der beiden Regierungen hat aber das Recht, Einspruch gegen solche Gesetzesbeschlüsse zu erheben. Der Gesamtdeutsche Parlamentarische Rat kann sich über einen solchen Einspruch nur mit Zweidrittel-Mehrheit hinwegsetzen. Eine Vergewaltigung der Bundesrepublik durch Mehrheitsbeschluß eines paritätischen Organs ist ausgeschlossen.

In der dritten Stufe hat der Gesamtdeutsche Parlamentarische Rat das Recht, gesamtdeutsche Gesetze in Fragen des Steuersystems, des Finanzausgleichs, der Zollunion, der Währungsunion und der sozialpolitischen Anpassung vorzubereiten. Auch in dieser dritten Stufe erhalten diese Gesetzesvorschläge für die Bundesrepublik nur dann Rechtskraft, wenn sie vom Bundestag beschlossen werden. Wenn er nicht zustimmt, gibt es kein gesamtdeutsches Gesetz. Außerdem ist der Gesamtdeutsche Parlamentarische Rat in der dritten Stufe befugt, mit Zweidrittel-Mehrheit ein Gesetz für die Wahl einer verfassunggebenden Nationalversammlung zu

erlassen. Der Zwang zur Zweidrittel-Mehrheit verhindert eine Überstimmung der Bundesrepublik.

In der dritten Stufe können Gesetze auch durch Volksabstimmung beschlossen werden, wobei jede der beiden Regierungen Einspruch einlegen kann. Die Volksabstimmung kann dann nach einem Jahr wiederholt werden. Allerdings sind Volksabstimmungen dann ausgeschlossen, wenn sie eine Einschränkung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, eine Änderung der Eigentumsverhältnisse oder die Beseitigung der Legislativ- und Exekutiv-Organen in beiden Teilen Deutschlands zum Ziele haben.

Einwand: Freie Wahlen stehen nicht am Anfang, sondern erst am Ende der Zusammenführung.

Antwort: Als in den Jahren 1952 bis 1955 noch die Chance bestand, Deutschland durch freie Wahlen zu vereinen, wurde sie nicht genutzt. Inzwischen haben sich beide Teile Deutschlands politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich in verschiedener Richtung entwickelt. Daraus folgt:

1. Die Wiedervereinigung kann nur das Ergebnis eines Prozesses sein, in dem die beiden Teile Deutschlands wieder zusammenwachsen.
2. Eine Wiedervereinigung, die mit freien Wahlen beginnt, hätte heute keine Aussicht, die Zustimmung von Sowjetunion und DDR zu erhalten. Wenn man auf die Wiedervereinigung durch freie Wahlen nicht überhaupt verzichten will, dann muß man erst einmal die Voraussetzungen für diese Wahlen schaffen.

Der Deutschlandplan zielt darauf ab, eine Lage herbeizuführen, in der freie Wahlen, auf die die Sozialdemokraten niemals verzichten werden, möglich und unvermeidlich werden.

Einwand: Der Deutschlandplan verzichtet auf die Forderung nach der Zulassung aller Parteien in ganz Deutschland.

Antwort: Bei der Bildung der verfassunggebenden Nationalversammlung ist spätestens mit der Vorbereitung freier Wahlen auch die Zulassung von politischen Parteien in ganz Deutschland gegeben. Der Deutschlandplan sieht als Voraussetzung der Zusammenführung und der Wiedervereinigung zunächst die Sicherung möglichst vieler Grundfreiheiten und Menschenrechte vor. Dazu wird auch in einem gegebenen Zeitpunkt, sobald

die Voraussetzungen dazu vorhanden sind, die Zulassung und der Zusammenschluß politischer Parteien gehören. Dies wird erst nach den entsprechenden Veränderungen in der DDR möglich sein.

Einwand: Der Deutschlandplan sieht keine abgegrenzte Dauer der drei Stufen vor, läßt also den Zeitpunkt der endlichen Wiedervereinigung nicht erkennen.

Antwort: Die SPD hält es für nicht wünschenswert, möglichst zeitlich festgelegte Stufen zu vereinbaren. Eine solche Vereinbarung könnte zum Beispiel Gegenstand der Rahmenverhandlungen unter den vier Mächten sein. Der Deutschland-Plan selbst legt indessen eine solche zeitliche Stufenabgrenzung nicht als Bedingung fest, weil ein flexibles Stufen-Verfahren den Vorteil hat, daß es größere Risiken vermeidet, im Falle des Mißlingens rücknehmbar ist und hinsichtlich der Stufen die Möglichkeit der Wiederholung bietet (siehe Europa-Archiv, 9/58, Verfasser Prof. Eberhard Menzel).

Einwand: Durch das im Deutschlandplan vorgeschlagene Gesamtdeutsche Gericht würden Richter der DDR über Menschen in der Bundesrepublik urteilen.

Antwort: Es gibt leider keinen Weg, die Rechtsgleichheit sofort in ganz Deutschland herbeizuführen. Gewisse Menschenrechte und Grundfreiheiten sollen aber in beiden Teilen Deutschlands gewährleistet sein, sobald die innerdeutsche Zusammenführung beginnt. Ausschließlich zur Wahrung der Einheitlichkeit bei der Auslegung dieser Rechte und Freiheiten soll die Gesamtdeutsche Konferenz — also bereits das erste gesamtdeutsche Organ, das überhaupt gebildet wird — das Gesamtdeutsche Gericht einsetzen. Die Gerichtsverhältnisse in beiden Teilen Deutschlands werden dadurch nicht berührt, so daß also auch keine Rechtsunsicherheit in der Bundesrepublik entstehen kann. Im übrigen sind die Menschenrechte und Grundfreiheiten in der Bundesrepublik seit 1949 unmittelbar geltendes Recht, und sie werden selbst in der Verfassung der DDR formell anerkannt.

Schließlich sollen auch besondere Sicherungen dafür getroffen werden, daß die Richter des paritätisch zusammengesetzten Gesamtdeutschen Gerichts nicht nur ihrer jeweiligen Regierung verantwortlich bleiben. Die Richter sollen vielmehr auf die Menschenrechtcharta der Vereinten Nationen vereidigt werden. Es werden also unabhängige Richter sein, die an diesem Gericht amtieren.

Einwand: Die SPD, die voraussichtlich mindestens ein Drittel der von der Bundesrepublik in den Gesamtdeutschen Parlamentarischen Rat zu entsendenden Vertreter stellen wird, könnte zusammen mit den kommunistisch gelenkten Vertretern der DDR eine Zweidrittel-Mehrheit bilden und kommunistisch beeinflusste Gesetze beschließen helfen.

Antwort: Diese Behauptung geht von der Voraussetzung aus, daß sich die SPD in die kommunistische Gefolgschaft begeben würde. Sie entspricht der immer wieder erhobenen Verleumdung, daß die SPD mit dem Kommunismus sympathisiere, ihn begünstige oder gar herbeiführen wolle. Nichts in der Geschichte und im politischen Handeln der SPD rechtfertigt einen solchen Vorwurf. Die SPD hat sich in der Vergangenheit als starke Kraft gegen die Ausbreitung der kommunistischen Ideologie erwiesen. Die alte Verleumdung gewinnt nicht dadurch an Wahrheit, daß sie mit Bezug auf den Deutschlandplan in einem neuen Zusammenhang präsentiert wird.

Einwand: Die DDR spricht eine andere Sprache: Vereinbarungen sind daher zwecklos.

Antwort: Alle Vereinbarungen zwischen Bonn und Ost-Berlin können nur als Folge eines von den vier Großmächten getroffenen Rahmenabkommens getroffen werden. Der Gefahr, das deutsche Worte in der Sprache der Offiziellen der DDR oft nur zur Tarnung für andere Absichten verwendet werden, wirkt der Vorschlag des Deutschland-Planes entgegen, zunächst nur auf Gebieten, auf denen keine politische Überverteilung erfolgen kann, kontrollierte Regelung möglich zu machen. Diese Gebiete werden vornehmlich technischer Natur sein.

Einwand: Nach anfänglich scharfer Ablehnung des Deutschlandplanes sagt die SED jetzt, der Plan enthält von ihrem Standpunkt aus „positive Punkte“. Macht das den Plan verdächtig?

Antwort: Diese Erklärung der SED, die vor allem in einem Brief des I. Sekretärs des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, zum Ausdruck kommt, kann nur als taktischer Schachzug gewertet werden. Vom 19. März, dem Tage der Veröffentlichung des Deutschlandplanes, bis zum 1. April verfolgte die SED zunächst eine andere Taktik. Da sie in seiner Realisierung eine Gefahr für ihr Regime sah, lehnte sie ihn in Bausch und Bogen ab. Der Berliner SED-Sekretär Paul Verner, erklärte zum Beispiel, der Deutschlandplan widerspreche dem „Klasseninteresse der

Arbeiter“. Der Leipziger SED-Sekretär Fröhlich bezeichnete ihn als „irreal“ und verlangte stattdessen einen Separatfriedensvertrag der DDR mit der Sowjetunion. Im Zusammenhang damit richtete die SED ein Störfeuer gegen die sich abzeichnenden Vier-Mächte-Besprechungen.

Später jedoch machte die SED eine Wendung, indem sie am 2. April begann, von einigen „positiven Punkten“ im SPD-Plan zu sprechen. Dies wurde durch einen Brief Ulbrichts verstärkt, der jedoch die Änderung der westdeutschen Verhältnisse in den Vordergrund stellte und erneut die Aktionseinheit zwischen SPD und SED zur Bedingung machte. Damit spielte er den westlichen Gegnern dieses Planes sehr geschickt Argumente in die Hand.

Einwand: Die SED sagt, SPD und SED müßten gemeinsame Aktionen durchführen und in gemeinsame Beratungen eintreten.

Antwort: Die SED ist für die deutsche Sozialdemokratie kein politischer Partner, sondern kann bestenfalls staatlicher Kontrahent sein. Zwischen der SPD und der SED gibt es keine Gemeinsamkeiten und wird es keine Aktionseinheit geben. Gespräche mit der SED wird es höchstens mittelbar, d. h. auf staatlicher Ebene in gesamtdeutschen Körperschaften geben, die entsprechend dem Deutschlandplan der SPD die Wiedervereinigung vorbereiten.

Einwand: Die SED sagt, daß der im Deutschlandplan vorgesehene Investitionsfonds den Machtbereich „kapitalistischer Monopole“ erweitert.

Antwort: Diese Behauptung ist unwahr. Der Investitionsfonds, wie die geplante Bank für innerdeutschen Zahlungsausgleich unterstehen einzig und allein paritätisch besetzten Institutionen, die alleine darüber verfügen. Das heißt, daß Investitionen nur dann gemacht werden können, wenn alle Seiten mit der Art und den Bedingungen einverstanden sind. Die „kapitalistischen Monopole“ haben also keinen Einfluß darauf. Hauptaufgabe dieser Einrichtungen wird es sein, die Industrie der DDR, die unter den heutigen Bedingungen in vielen Zweigen nicht wettbewerbsfähig ist, auf einen solchen Stand zu bringen, daß auch unter normalen Bedingungen der Arbeitsplatz der Menschen in Mitteldeutschland erhalten bleibt. Sie dienen also gerade der Bevölkerung der DDR und ihrer Zukunftssicherung.

Einwand: Die SED sagt, die Geschichte zeigt, daß die Einheit Deutschlands keineswegs Frieden und Sicherheit garantiert. Es kommt darauf an, welche Kräfte in Gesamtdeutschland das Heft in der Hand haben.

Antwort: Die SED ist schuld daran, daß die arbeitende Bevölkerung Mitteldeutschlands abgeschnürt ist und nicht teilhaben kann an der Gestaltung eines auf fester demokratischer Grundlage stehenden Gesamtdeutschlands, daß die Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit ausschließt. Wer das wiedervereinigte Deutschland von vornherein auf ein gesellschaftspolitisches Konzept festlegen will, — und das gilt für Ost und West — versperrt dem Streben des deutschen Volkes nach Einheit Tür und Tor und mißachtet auch sein Recht auf Selbstbestimmung. Über die innere Ordnung Gesamtdeutschlands entscheiden die Wähler bei der Wahl zum Gesamtdeutschen Parlament. Die arbeitenden Menschen in beiden Teilen Deutschlands werden dabei ein gewichtiges Wort mitreden.

Die SPD setzt sich ein für eine sozialistische Neugestaltung Deutschlands, deren unveräußerlicher Bestandteil die Demokratie sein wird. Sie lehnt es ab, die innere Gestaltung des wiedervereinigten Deutschlands fremden Interessen unterzuordnen. In der gesamtdeutschen Verfassung, in einem mit den Siegermächten zu schließenden Friedensvertrag und in der Einschmelzung unseres Landes in ein kollektives Sicherheitssystem sieht die Sozialdemokratie genügend Handhaben, um friedensgefährdende Abenteuer zu verhindern.

Einwand: Die SED sagt, der Deutschlandplan läßt die wesentlichen Probleme außer acht und beschäftigt sich vorwiegend mit zweitrangigen Fragen, wie Verkehrsregelungen, Postverkehr und Verrechnungskursen.

Antwort: Der Deutschlandplan hat als Grundlage und Kernstück eine militärische Entspannungzone und ein europäisches Sicherheitsabkommen in den Mittelpunkt gestellt. Es ist unwahr, daß die SPD die Fragen der Entspannung und der Kontakte zwischen den beiden deutschen Regierungen außer acht gelassen habe.

Der Deutschlandplan mißt den von der SED als „zweitrangig“ angesehenen Fragen deshalb eine große Bedeutung zu, weil sie der innerdeutschen Verklammerung dienen. Die auf diese Weise zu schaffenden neuen gesamtdeutschen Tatsachen, die besonders für die arbeitenden Menschen große Bedeutung haben, werden es erleichtern, die weiteren Stufen zur Wiedervereinigung zu erklimmen.

Einwand: Die SED sagt, die Sozialdemokratie will mit ihrem Deutschlandplan West-Berlin als „NATO-Stützpunkt“ erhalten. Das dient nicht dem Frieden und der Entspannung.

Antwort: Die Sozialdemokraten wollen den gegenwärtigen Rechtsstatus und die militärische Sicherung Berlins erhalten. Sie treten deshalb für einen Verbleib der alliierten Truppen in Berlin bis zur Regelung der deutschen Frage ein. Sie bestehen darauf, daß die Bevölkerung Berlins nicht schutzlos bleibt. Die Erlebnisse der Berliner Blockade von 1948/49 mahnen zur Vorsicht. Wenn versucht werden sollte, das Berlinproblem isoliert zu lösen, würde die endgültige Spaltung Deutschlands besiegelt. Eine schrittweise militärische Verdünnung darf nicht in Berlin beginnen. Sie muß zunächst beiderseits der Zonengrenze durchgeführt werden.



DER DEUTSCHLANDPLAN

rettet das freie Berlin

verhindert den dritten Weltkrieg

bringt die Wiedervereinigung

17 Mill. Deutsche wollen wieder frei sein

50 Mill. Deutsche wollen frei bleiben

**Das ganze Deutschland
soll es sein!**